

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark 50 Pf. pro Monat. Eingere. in der Post-Beitragungs-Preisliste für 1895 unter Nr. 7125.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltenen Zeilen oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Dienstag, den 29. Januar 1895.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Warum Casimir Perier abdankte.

Paris, 25. Januar 1895.

Die Ereignisse überschürzen sich am Ende dieses Jahrhunderts mit solcher rasender Schnelligkeit, daß die Abdankung Casimir's, die erst vor zwölf Tagen erfolgte, schon eine alte Geschichte ist. Und doch müssen wir auf sie zurückkommen, denn die Ursachen, welche Herrn Casimir Perier zwangen, vom Präsidentenstuhl herabzusteigen, haben für uns Sozialisten das denkbar höchste Interesse.

Man hat eine Ehegeschichte in Umlauf gebracht, und die Standaalchronik schmückt sie mit allerhand Anekdoten aus, die den Casimir Perier als einen Schürzenjäger hinstellen — als einen Bruder Lüderich, viel zu leichtsinnig und ungeniert für einen Präsidenten der Republik, der doch den ehrbaren Schein wahren muß und sich nicht über alles hinwegsetzen kann wie ein gut christlicher König von Gottes Gnaden. Die Sozialisten lieben es nicht, im Schmutz herumzuwühlen, wie die Herren Bourgeois. Wir lassen deshalb alle diese Anekdoten links liegen — trotz des Kernes von Wahrheit, der in ihnen steckt. Und die Herren Bourgeois verstehen es ja auch, sich mit derartigen Schweinereien abzugeben; und in der Familie Perier wäre auch alles hübsch glatt geordnet worden, wie es in der Familie Grey geschah ist, wo die Tochter, verheiratete Wilson, viel von sich reden gemacht hatte. Casimir hat im „Figaro“ die verschiedenen Gerüchte für falsch erklärt und ankündigen lassen, daß er mit seiner Frau — die beiläufig vor Wuth pläht, daß sie nicht mehr „Frau Präsidentin“ ist — auf dem zärtlichsten Fuße steht, daß sie zusammenleben wie zwei Turteltauben und nächstens eine zweite Hochzeitsreise in den Süden machen wollen.

Es ist also nicht der Familien-Krakel, was Casimir dazu gebracht hat, von seinem Posten zu flüchten — es sind die Angriffe der Sozialisten, die ihm am Tage seiner Wahl den Krieg erklärt und ihm keinen Tag der Ruhe geschenkt haben.

Die Kapitalisten hatten ihn zum Präsidenten gewählt, als die gelungenste Verkörperung des Kapitals, das mit Verbrechen besetzt ist und von Arbeiterblut trieft. Er sollte der Herkules sein, der den Sozialismus erdrückt.

In meinen früheren Briefen habe ich einige Episoden dieses Kampfes erzählt, und von Tag zu Tag haben Sie die ohne Unterbrechung einander folgenden Angriffe der Sozialisten und die wuchtigen Schläge, die sie ihm versetzt, aufzählen können. Aber hinter den Regierungskoulißen spielte sich ein anderer Kampf ab, den das Publikum nur dunkel ahnen konnte.

Die Monarchisten und die Katholiken, welche die Wahl Casimir's zum Präsidenten entschieden hatten, waren nicht so dumm gewesen, dies bedingungslos zu thun. Sie hatten

ihre Bedingungen gestellt, und Casimir's Mutter hatte es übernommen, dafür zu sorgen, daß sie auch gehalten würden. Er sollte an der Wiederherstellung des Einflusses der Geistlichkeit arbeiten und den Weg für die Rückkehr des Königtums bahnen. In seiner ersten Botschaft mußte er erklären, daß er die Präsidentschaft nicht auf ewig haben wolle und daß er eine Wiederwahl nicht annehmen würde. Und sein erster Regierungskakt war, dem Erzbischof von Lyon sein Gehalt zurückzugeben, das ihm durch richterliches Urteil wegen frecher Widerschlichkeit gegen den Kultusminister konfisziert worden war.

In Beschlag genommen von den Ultrareaktionären, deren Gefangener er thatsächlich war, unablässig bedrängt und zerblät von den Sozialisten, wurde Casimir verrathen von seinen eigenen Ministern und von der Parlamentsmajorität, auf die er sich stützte. Dupuy, sein Konkurrent bei der Präsidentschaftswahl, war emsig bemüht, ihn um sein Ansehen zu bringen. Dupuy war es, der ihn zum persönlichen Eintreten bei der Wahl von Nogent-sur-Seine drängte, wo an seiner Statt ein Abgeordneter in die Kammer zu schiden war. Dupuy ließ ihn sich kompromittieren und blieb selber im Hintergrund, während es seine Pflicht gewesen wäre, den Präsidenten zu decken, der aus der Wahlkampagne geschlagen und kompromittiert durch die Niederlage seines Kandidaten hervorging.

Es war fortwährend Krieg in dem Rathe der Minister; jeder Minister untersagte es Casimir, sich in die Leitung der Angelegenheiten seines Departements einzumischen. Wenn er geltend zu machen versuchte, daß er doch Präsident der Republik sei, dann antwortete man ihm: „Sie überschreiten die Grenzen zwischen Ihren und unseren Befugnissen. Sie gehen über ihre verfassungsmäßigen Vollmachten hinaus.“

Die Minister verurtheilten Casimir zur vollständigen Ohnmacht, — seine Mutter und die Ultras trieben ihn zum Handeln. Wenige Tage vor seiner Abdankung gab es im Ministerrath eine Scene aus Anlaß der Südbahn-Skandale. Die Wände des Reichthums, die fast ausschließlich aus Opportunisten besteht, ist in diese saubere Geschichte verwickelt. Die reaktionären Ultras, die wieder die Tugendhaften spielen, wie zur Zeit des Original-Panama, verlangen, daß alles aufgedeckt werde und daß alle Schuldigen, Journalisten, Minister, Deputirte und Senatoren, die Checks (Geldanweisungen) empfangen haben, erbarungslos an den Pranger gestellt werden sollen. Dupuy dagegen möchte sie retten, denn sie gehören zu seiner Majorität.

Um seiner Mutter und den Ultras gefällig zu sein, forderte Casimir ein großes „Reinmachen“ (nettoyage) in Presse und Parlament. Aber man scheerte sich nicht um seinen Willen. Eines Tages erfuhr er, daß Doppfer, der mit dem Prozeß betraute Untersuchungsrichter, einer Anweisung des Siegelbewahrers folgend, nicht alle Aussagen Felix

Martin's, des Direktors der Südbahn-Gesellschaft, zu Protokoll nehmen lasse; daß, wenn Martin über sehr hochgestellte Personen Enthüllungen machte, der Protokollführer aufgehört habe, zu schreiben; und daß, als Martin sich deshalb beklagte, Doppfer ihm geantwortet habe, die fraglichen Personen hätten mit dem Prozesse nichts zu thun. Casimir entrüstete sich über diese eigenthümliche Rücksichtnahme. Seine Minister erklärten ihm jedoch, die Sache ginge ihn nichts an.

Was den Ausschlag gab und Casimir bestimmte, alles fahren zu lassen, war das Benehmen des Ministeriums Dupuy in der Angelegenheit Raynal.

Die im Jahre 1883 unterzeichneten Verträge (conventions) mit den Eisenbahn-Gesellschaften, welche das Budget mit 135 bis 140 Millionen jährlich belasten, und, wenn sie bis zu Ende in Kraft bleiben, dem Staat mehr als 3 Milliarden — 3000 Millionen — kosten werden, sind so skandalös, daß sie Stoff zu einem noch viel größeren Skandal, als dem Panama-Skandal enthalten; man sagt, daß die Gesellschaften im Parlament, an die Presse und im Ministerium 30 Millionen vertheilt haben, um die nöthigen Stimmen zu erhalten.

Es war bekannt, daß Jaurès sie angreifen würde, wenn die Zinsengarantien, welche die Verträge festsetzen, in der Kammer zur Sprache kämen; es war weiter bekannt, daß Jaurès die Beratung des Budgets des Ministeriums des Aeußeren benutzen würde, um eine Rede über die Internationalität der sozialistischen Partei zu halten. Er sollte von der Kammer verlangen, daß sie den Eisenbahn-Gesellschaften die Bezahlung der garantierten Zinsen verweigere und die Verträge für nichtig erklären solle, weil diese durch Betrug und Bestechung zu stande gekommen seien. Um diesen beiden Reden zu entgegen, ließ das Ministerium durch seine Mehrheit Jaurès aus der Kammer ausschließen; es rechnete darauf, während der 15 Sitzungen, die der sozialistische Abgeordnete nicht in der Kammer sein konnte, in aller Geschwindigkeit die Zinsengarantien und das Budget des Ministeriums des Aeußeren durchdrücken zu können.

Das Ministerium hatte sich aber getäuscht. Barthou, der Minister der öffentlichen Arbeiten, wurde zum Verräther an Dupuy, indem er seine Entlassung einreichte. Millerand nahm diese Entlassung zum Vorwand, um die Frage der Verträge zur Beratung zu bringen und verlangte, daß Raynal, der jene Verträge hatte bewilligen lassen, in Anklagezustand versetzt werde. Das Ministerium bestand aus neuen Leuten, die in diesem Räuspenspiel noch keine Erfahrung hatten, und als es sich von einem seiner eigenen Mitglieder ver-rathen und von den Sozialisten angegriffen sah, opferte es Raynal und ließ ihn in Anklagezustand versetzen, um sich zu retten.

Indem man aber Raynal in Anklagezustand versetzte, schlug man Casimir mitten ins Gesicht. Raynal war sein

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Am Exil.

62

Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

Frau Messant, die jetzt eintrat, erschrak, sie glaubte, er habe wieder mehr Schmerzen.

„Nimm! lies, sagte René.“

Raum hatte sie den Brief durchslogen, als sie auch sofort alles begriff.

„Du liebst sie noch immer? fragte sie. René bejahte durch ein Zeichen.“

„Nun, mein Kind, dann möge sie Deine Frau werden! Ich werde sie für Dich lieb haben, wenn sie Dich liebt.“

Sie wird Dich auch lieben, Mutter.“

Und René küßte die alte Frau zärtlich, um ihr dafür zu danken, daß sie die früher so sehr gefürchtete Rivalin bei sich aufnehmen wollte. Ach, sie dachte längst nicht mehr an die Abneigung und die Eifersucht früherer Tage, die arme Frau Messant. Sie war entschlossen, ihren Sohn, den sie um ein Haar ganz verloren hätte, mit der zu theilen, die ihr helfen würde, ihn zu retten und glücklich zu machen.

Schon wirkte die Hoffnung wie das kräftigste Stärkungsmittel auf ihn. Er fand mit einem Male Lebenskraft und Muth wieder. Er wollte der jungen Wittve nicht schreiben, da er nicht im Stande war, ihr Beileidsbezeugungen zu schicken, und da er außerdem ihre zartfühlende Seele nicht durch Uebereilung verletzen wollte. Aber, aus Furcht, daß sein Schweigen falsch ausgelegt werden konnte, schrieb er an Henri, was er seiner Schwester nicht zu sagen wagte. Er überließ ihm die Wahl des Augenblicks, in dem er es für geeignet hielt, zu seinen Gunsten zu sprechen und über- sandte ihm den Abschiedsbrief, den er am Vorabend des Duells geschrieben hatte. Wäre das nicht der beste Beweis,

wenn überhaupt noch ein Beweis nöthig war, ihr seine verschwiegene, dauernde Liebe zu betheuern? Frau Messant versicherte außerdem ihre kleine Freundin Annette ihres liebevollen Andenkens; sie erhielt dafür einen langen Kuß. Von diesem Augenblick an genas René rasch unter der Einwirkung der Liebe und des Frühlings. Er konnte sich bereits ins Freie wagen, Spazierfahrten machen, in dem jungen Grün draußen Sonnenschein und Lebenslust einathmen. Freilich zogen hin und wieder noch Wolken über den Azur seiner Träume. Wollte Annette ihn wirklich noch glücklich machen? Freilich, obgleich nicht von sich eingenommen, konnte René nicht ernstlich an der Treue seiner Geliebten zweifeln. Wo ist der Mann, der, wenn er liebt und wiedergeliebt wird, nicht fühlt, wie der warme Widerschein der Liebe bis zu ihm dringt?

Erster war der zweifelslos, in Güte kaum überwindliche Widerstand der Frau Roveray. Doch gleichviel! Eine Wittve war der mütterlichen Autorität weniger unterworfen, als ein junges Mädchen, und René gefiel sich in dem Gedanken, daß Annette, nun freigegeben, nach eigenem Gutdünken über ihre Person verfügen würde. Es störte ihn also keine ernsterer Sorge, wenn nicht der Gedanke an die schwierige Lage gewesen wäre, aus der er sich herausarbeiten mußte, wenn er seiner Geliebten ein behagliches, elegantes Nest bereiten wollte. Aber das Unglück konnte sich doch nicht immer an seine Fersen heften. Es schloß ihm nicht an Muth und festem Willen, und sobald er nur seine Kräfte wieder erlangt hatte, wollte er schon sein Leben mit der, die seiner Energie vertraute, einzurichten wissen.

Die Briefe, die Ende April und in der ersten Hälfte des Mai aus Bevey kamen, bewiesen René, daß er ein Recht hatte, zu hoffen. Wenn Annette auch nur in wenigen Zeilen Frau Messant geantwortet hatte, so hatte doch Henri, wenn er seinen Freund bat, schnell ganz gesund zu werden, durch seine indiscreten Freudenaußbrüche und durch geheimnißvolle Andeutungen so viel verrathen, daß René, der Stunden lang in den abgelegenen Winkeln des Bois de Boulogne auf dem Rasen ausgestreckt lag, sich in der seligen Mattigkeit, welche der Himmel, seine rosigem Ge-

danken und der Duft des Weißdorns über ihn breiteten, einwiegen ließ. Er erwachte aus diesem traumhaften Zustande nur, um Henri endlose Briefe zu schreiben, die wieder endlose Antworten erbeizten.

Nach und nach jedoch übermannte ihn die Ungebuld, das Fieber, die zaubernde Zukunft zu beflügeln, das lang entbehrte Glück der Liebe voll zu genießen; wenigstens wollte er den Faden der süßen Pflandereien von Herz zu Herz mit Annette wieder aufnehmen. Er zürnte sich selbst, weil er noch immer so schwach war und bei jeder Anstrengung, die er versuchte, durch stehende Schmerzen daran erinnert ward, daß er seine Wunde nicht außer acht lassen durfte. Eine Pause in der Korrespondenz, welche eine Ewigkeit von fünf Tagen dauerte, erregte seine reizbaren Nerven so sehr, daß er einen ersten Rückfall hatte. Er verlor Appetit und Schlaf, hatte Schwindelanfälle und Delirien und beunruhigte Frau Messant so sehr, daß sie sich entschloß, Henri Roveray zu benachrichtigen.

Zwei Tage später, zwar außer Gefahr, aber noch vollständig erschöpft, dachte René an den Tod, der ihn wie ein Nachtvogel mit seinen mächtigen Schwingen gestreift hatte, und er fühlte seinen eisigen Hauch bis in das Mark, bis in die Seele hinein. Er lag vor dem Fenster auf einer Chaiselongue ausgestreckt und fragte sich, ob das Glück, das er ersehnte, entschwinden würde, ohne daß seine Hand es erreichen konnte, wie die weißen Wolken und die Schwärben dort, deren rastlosem, schnellem Fluge er am Himmel folgte. Das Geschick, das immer ironisch ist, würde es seinen Wünschen nach Glück antworten: Zu spät! wie es seinem Streben nach Gerechtigkeit geantwortet hatte: Zu früh?

In schwermüthige Träumereien versunken, war René erstaunt, als seine Mutter plötzlich aus dem Nebenimmer zu ihm hereintrat und bewegt und lächelnd zu ihm sagte: „Bist Du stark genug, um eine große Freude zu ertragen?“

Er erblaste, und als er Schritte in dem andern Zimmer hörte, sagte er mit zitternder Stimme: „Annette ist da?“

Freund, sein Mitschuldiger; 1888 hatte er dem Ministerium der Panamisten angehört, das die Verträge unterzeichnete und damit den kosmopolitischen Eisenbahncapitalisten drei Milliarden des französischen Volkes überlieferte.

Die Minister und die Majoritätspuppen, die für die Klage Magyars stimmten, liegen Perier im Stich und er seinerseits ließ sie im Stich. „Das Gefindel mag sehen, wie es fertig wird, ich wasche meine Hände in Unschuld. Ich gehe, um in Würden die Millionen zu verzehren, die meine Bergwerke in Angin mir jährlich eintragen.“

Die Kapitalisten waren einen Augenblick über die Abdankung Casimir's untröstlich, und sie haben recht, verzweifelt zu sein. Sie sind so demoralisiert, so korrumpiert, daß sie sogar die Oberfeldherren verrathen, die sie sich selber gewählt haben für den Kampf gegen den Sozialismus.

Gallus.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 26. Januar.

Ordens- und Titelverleihungen kündigte anlässlich des Geburtstages des Kaisers der „Vorwärts“ an und der „Reichs-Anzeiger“ bestätigt dies in einer besonderen Ausgabe. So weit diese Beweise kaiserlicher Zufriedenheit nicht ohne politisches Interesse sind, seien sie hier registriert. Die beiden neuen preussischen Minister und Verfechter der Umsturzvorlage, die Herren v. Köller und Schönstedt, sowie Herr v. Hammerstein-Logten, erhielten den Stern zum rothen Adlerorden, während Herr Rieberding keine Auszeichnung davon trug. Während die öffentliche Meinung sich in immer schrofferen Gegensatz zur Leitung der Reichspostverwaltung stellt, wurde Herr Staatssekretär v. Stephan die eklatante Benugthung zu theil, daß ihm der Rang eines Staatsministers verliehen wurde. Dem in letzter Zeit vielbeschäftigten Herrn Lucanus wurde der Rang unmittelbar hinter den Staatsministern verliehen. Dem Professor Oneist wurde das Prädikat Excellenz und dem Leib-Stallmeister des Kaisers der Rang der Räte vierter Klasse, also der Rang des Staatsanwaltes Dr. Benediz, verliehen.

Eichenlaub. Das einigermaßen Wichtige aus den Erlassen, die der Kaiser zu seinem Geburtstag veröffentlicht hat, haben wir schon gestern, noch vor dem „Reichs-Anzeiger“, bekannt gemacht. Nun noch etwas Anderes. Ebenso wie jene Extra-Ausgabe des „Reichs-Anzeigers“, ist auch eine mit Eichenlaub umrannte Extra-Nummer des „Armeeverordnungs-Blatts“ erschienen mit einer Kundgebung des Kaisers, betitelt „An mein Heer!“ Es wird daran erinnert, daß in diesem Jahre zum fünf- undzwanzigsten Male die Gedenktage des deutsch-französischen Krieges wiederkehren. Unauslöschlich glänzen die Thaten des deutschen Heeres in den Büchern der Geschichte, unverwundlich wäre der Ruhmeskranz, den es um seine Fahnen gewunden habe. Das Heer hätte darum vor allem die Pflicht, die Erinnerung an jenen Krieg aufrecht zu erhalten. Darum das folgende:

Ich bestimme, um zugleich den Truppen ein wahrnehmbares Zeichen ihrer stolzen Erinnerungen zu gewähren, daß, so oft in der Zeit vom 15. Juli dieses Jahres bis zum 10. Mai des kommenden Jahres die Fahnen entfaltet werden, sämtliche Fahnen und Standarten, denen mein Herr Großvater, des großen Kaisers und Königs Wilhelm I. Majestät, für die Theilnahme an diesem Kriege eine Auszeichnung verliehen hat, mit Eichenlaub geschmückt werden und die ersten Geschüge derjenigen Batterien, welche in ihm gefochten haben, Eichenkränze tragen.

Im Interesse des Völkerfriedens und der endlichen Aussöhnung der beiden großen mitteleuropäischen Kulturnationen können wir solche Kundgebungen nur bedauern. Wir begreifen den Stolz auf die gewaltigen Siegesthaten der deutschen Armeen von 1870/71; wir sind aber der Meinung, daß es gerade für den Sieger ein Gebot der Klugheit wäre, bei dem Gegner die schmerzlichen Erinnerungen nicht ohne zwingenden Grund immer wieder aufzufrischen. Wir tabeln und bekämpfen den Chauvinismus, wo er sich zeigt. Leiden unsere westlichen Nachbarn besonders an dieser Krankheit, so sollen wir dafür sorgen, dieses Uebel bei uns wenigstens nicht aufkommen zu lassen. Der Krieg

Seine Mutter nickte. Er wollte aufstehen, ihr entgegen-eilen.

Nein, nein, rühre dich nicht! Sie wird eintreten! Und die junge Frau erschien in der Thür. Wie sie in ihren schwarzen Gewändern mit den goldenen Haaren, die unter ihrem Kreppschleier leuchteten, so weiß und rosig da stand, glich sie dem lebendig gewordenen Bilde des Trostes. Sie schritt langsam auf René zu, der regungslos dafah, und sagte, ihm die unbehaudschulte Rechte reichend:

Wir sind beide unglücklich gewesen, mein Freund, wollen Sie, daß wir nun versuchen, vereint glücklich zu sein? René bedeckte die kleine Hand, die Annette ihm überließ, mit Thränen und Küffen.

Das war ihre Verlobung.

O, wie bin ich zufrieden! rief eine herrliche Stimme. Frau Messant, ich muß Sie umarmen! Ich bin ja jetzt auch ein wenig Ihr Sohn, da René nun ganz mein Bruder wird.

Henri ließ dem Worte die That folgen und fiel der alten Frau um den Hals, küßte René, küßte seine Schwester und wirbelte wie närrisch im Zimmer umher.

So, sagte er, jetzt darf man nicht mehr krank sein. Das ist verboten! Es fehlte bisher an einem guten Arzt, ich glaube aber, daß ich den besten von allen mitgebracht habe, nicht wahr, Bruder René?

Bruder René, der noch immer kaum sprechen konnte, warf ihm einen Blick voller Dankbarkeit zu.

Jetzt, Mama Messant, fuhr Henri fort, nehme ich Sie mit mir. Die beiden haben sich gewiß soviel zu sagen.

Dennoch blieben sie, als sie allein waren und Annette sich neben René gesetzt hatte, lange Zeit, ohne ein Wort zu sprechen. Sie konnten sich nur innig die Hände drücken, sich anschauen, lächeln und sich von neuem anschauen. Sie nahmen eines von dem anderen Besitz durch die Augen. Sie suchten in ihren Bängen das geliebte Antlitz früherer Tage. René war entzückt, als er Annette durch das Leben gereist und weiblicher geworden fand. Ihre Schönheit war erstarrt geworden und spiegelte eine reine, tiefe Seele. Annette war es schmerzlich, René mit matten Zügen, tief umschatteten, übergroßen Augen in dem bleichen Gesicht zu sehen.

(Fortsetzung folgt.)

bleibt immer ein schreckliches Unglück, auch wenn er siegreich geführt wird; ihn zu glorifizieren liegt wahrlich kein Anlaß vor.

Was übrigens den Eichenlaub für die Kanonen und Standarten betrifft, so wäre es nicht uninteressant, zu erfahren, woher im Winter das nöthige Eichenlaub genommen werden soll, da doch bei uns im Winter die Bäume nicht grünen. Ob man sich dann nach Süd-Frankreich wenden will? —

Die Sozialdemokratie in der Aula der Universität.

Wir haben schon oft darauf hingewiesen, daß das große Ansehen, das sich die sozialdemokratische Partei allgemein errungen hat, auch darin zu erkennen ist, daß es bald kein Buch, keine Zeitung, kein Parlament, keine feierliche oder sonstige Zusammenkunft von Menschen mehr giebt, worin und wobei nicht von der Sozialdemokratie die Rede wäre.

Auch bei der jüngsten Feier des Geburtstages des Kaisers in der Universität wurde die Sozialdemokratie durch die Festrede des Rectors, Professors Pfeleiderer, wieder einmal „vernichtet“. Wir entnehmen dieser Rede die folgende Stelle:

Das Verwerfliche der Sozialdemokratie ist nicht, daß sie die Lage der unteren Klassen verbessern will — das wollen wir alle — sondern daß sie in ihrer weltbürgerlichen Vaterlandslosigkeit unseren so theuer errungenen deutschen Staat wieder vernichten und auf seinen Trümmern ein internationales Gemeinwesen errichten will, in dessen Chaos alle geschichtliche Gliederung und sittliche Ordnung der nationalen Staaten sich auflösen müßte. Das aber ist keine fortschrittliche Idee, das ist vielmehr die allergründlichste Reaktion.

Wir denken natürlich nicht daran, gegen solche Schützen-Festreden zu polemisieren, da wäre jedes Wort zu schade. In solcher Weise ist unsere Partei schon zu oft todgeschlagen worden, — hat sich aber auch immer sehr wohl dabei befunden.

Antrag Kanitz. Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ des Reichstags hat jetzt beschlossen, den Antrag Kanitz in folgender neuen Fassung im Reichstag einzubringen:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichstagsler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach 1. der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides, mit Einschluß der Mühlenfabrikate, ausschließlich für Rechnung des Reichs erfolgt; 2. die Verkaufspreise des Getreides nach den inländischen Durchschnittspreisen der Perioden 1850—1880, die Verkaufspreise der Mühlenfabrikate den Getreidepreisen entsprechend nach dem wirklichen Ausbeuteverhältnis bemessen werden, so lange hierdurch die Einkaufspreise gedeckt sind, während bei höheren Einkaufspreisen auch die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen sind; 3. über die Verwendung der aus dem Verkauf des Getreides und der Mühlenfabrikate zu erzielenden Ueberschüsse derart Bestimmung getroffen wird, daß a) alljährlich eine den jetzigen Getreidebezug-Einnahmen mindestens gleichkommende Summe an die Reichskasse abgeführt wird, b) zur Ansammlung von Vorräthen für außerordentliche Bedürfnisse (Kriegsfälle u. s. w.) die nöthigen Mittel bereitgestellt werden, ein Reservefonds gebildet wird, um in Zeiten hoher In- und Auslandpreise die Zahlung der an die Reichskassen jährlich abzuführenden Summe zu stellen.

Daß es sich hier um einen agrarischen Raubzug allergrößten Stiles handelt, haben wir schon früher hervorgehoben. Wenn das Getreide billig steht auf dem Weltmarkt, dann wollen sich die Großgrundbesitzer durch den Staat die hohen Preise garantiren lassen, die in früheren Jahrzehnten bei uns für Getreide gezahlt werden mußten, bevor noch die ausländische Konkurrenz auf die Erniedrigung der Getreidepreise eingewirkt hatte. Steht aber der Weltmarktpreis über jenem vom Grafen Kanitz vorgeschlagenen Durchschnitt, dann nehmen die Herren Agrarier natürlich auch noch diesen Extraprofit mit.

Außerdem hat die „Wirtschaftliche Vereinigung“ beschlossen, den Vorstand zu ermächtigen, zu einer ihm gelegenen erscheinenden Zeit eine Interpellation an die verbündeten Regierungen zu richten, welche gesetzliche Maßregeln die verbündeten Regierungen zur Hebung der Getreidepreise anzuwenden gedächten.

Von der „preussischen Sparsamkeit“. Die Beschaffung der für die Armee nöthigen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke erfolgt heute durch die Bekleidungsämter — von denen für jedes Armee-Korps eins existirt — theils direkt durch die Regimenter bezw. Bataillone. Die folgende kleine Tabelle zeigt nun, um wie viel die im Etat vorgesehenen und von den Steuerzahlern aufzubringenden Preise höher sind, als die, welche die Bekleidungsämter anlegen, wenn sie die Sachen selbst im großen verzeihen. Wir bemerken noch, daß in der folgenden Tabelle die Etatsstärke der Einfachheit halber auf 500 000 Mann angenommen ist und der Bedarf in jedem einzelnen Artikel, der Tragezeit entsprechend, auf das Jahr umgerechnet ist:

Kaufpreis des Gegenstands	Gegenstand	Menge in Jahren	Zehnerthaler	Einkaufspreis		Ersparniß
				fr.	gr.	
18	Brotbeutel	5	100 000	3,—	1,80	120 000
18	Drillischößen	2	250 000	2,08	1,78	75 000
51	Falsbinden	3/4	690 000	0,40	0,27	78 000
84	Bemden	1/2	1 000 000	1,75	1,85	400 000
85	Dosen					
	a) Drillisch u. Beinen	1 1/2	500 000	2,—	1,70	150 000
	b) Unterhosen	3/4	600 000	1,45	1,10	210 000
106	Tuch II					
	a) Waffentücher	2	(m) 500 000	5,25	5,—	175 000
	b) Dosen	1 1/4	500 000	4,40	4,—	200 000
						1 408 000

Von den 116 Positionen, die die Bekleidungsordnung aufführt, haben wir in obigen auf das Gerathewohl 6 Positionen herausgegriffen, an denen sich eine Ersparniß von sage und schreibe nahezu

anderthalb Millionen Mark

erzielen ließe. Wohlgemerkt: eine Ersparniß, zu deren Erzielung nichts als ein Federstrich nöthig ist, nämlich eine Anweisung des Kriegsministeriums an die Truppentheile, ihren Bedarf künftig, statt direkt, nur noch durch die Bekleidungsämter zu decken. Nehmen wir an, daß bei den übrigen Positionen das gleiche Verhältniß obwaltet, so ist es gewiß nicht zu viel gesagt, daß auf diese Weise eine

10 Millionen im Jahre

möglich wäre, eine Summe, die unseren hungernden Volkshülfelehren, darbedenden Subalternbeamten u. aus ihren Nöthen helfen würde.

Der weimarische Landtag ist am 27. Januar eröffnet worden. Besonders Steuererhöhungen sind die Gegenstände, mit denen sich die Landboten zu befassen haben werden. —

Die Formulare der Berufs- und Gewerbebezahlung veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger“ erst heute, Herr v. Mottenburg hat versprochen, daß sie am Sonnabend bekannt gegeben werden würden, der „Vorwärts“ hat über dieselben zuerst sein Urtheil abgegeben, und die „Leipziger Volkszeitung“ hat sie auch schon zwei Wochen vor dem „Reichs-Anzeiger“ publiziren können. —

Erneuerungswahlen zur Hamburger Bürgerschaft finden am 15. und 19. Februar ds. Js. statt. Die Hälfte des Hamburger Parlamentes soll erneuert werden. Infolge des elenden Wahlergebnisses ist keine Spur von Agitation zu bemerken. —

Frankreich. Das Ministerium Ribot, welches gestern nach vierzehntägiger Ministerkrise zu stande kam, ist ein Verlegenheitsministerium im eigentlichen Sinne des Wortes. Die Radikalen sind von demselben ausgeschlossen, was sich übrigens, nach dem Scheitern der Kabinettsbildung durch Bourgeois, von selbst verstand. Die Amnestie wird auch von Ribot befürwortet werden; gegen die progressive Einkommensteuer wird das neue Ministerium sich aber sträuben. Die Zusammenziehung des neuen Kabinetts ist:

Ribot Präsident und Finanzen, Trarieux Justiz, Hanotau Außenwärtiges, Lengues Inneres, Poincaré Unterrichts, Dupuy du Temps Arbeiten, André Lebou Handel, Gadeau Ackerbau, Chautemps Kolonien, General Hervé Krieg, Admiral Besnard Marine. Das Kultusministerium ist mit dem Unterrichtsministerium vereinigt.

Ueber die Bottschaft, mit welcher der neue Präsident vor die Kammer treten will, wird telegraphirt:

Paris, 28. Januar. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, enthält die Bottschaft von Faure einen Appell zur Beruhigung der Parteikämpfe und den aufrichtigsten Wunsch nach demokratischen Reformen, sie betont ferner die ausgezeichneten Beziehungen mit den europäischen Staaten und den festen Willen Frankreichs, den Frieden zu erhalten und zu kräftigen.

Einem Telegramm des „Berliner Tageblatts“ aus Paris zufolge, werden die Sozialisten folgende vier Interpellationen einbringen: 1. betreffend die Haltung Ribot's in den Panama-standalen und die Gründe, die ihn verbanderten, die 104 theilhaftigen Deputirten, die ihm bekannt gewesen, zu verurtheilen; 2. die Rolle Ribot's in der Affäre Arton; 3. die Verbindungen Ribot's mit Canivet. Die vierte Interpellation wird an den Justizminister gerichtet, sie wird die Maßnahmen in der Südbahn-Affäre betreffen.

Wir wissen nicht, ob diese Nachricht authentisch ist; aber daß die Sozialisten mit dem Panama-Minister Ribot in Kampf kommen werden, unterliegt keinem Zweifel.

Die Lage in Frankreich wird beiläufig von unseren dortigen Genossen als sehr günstig betrachtet. Indem wir auf den an der Spitze unseres heutigen Blattes stehenden Brief verweisen, wollen wir aus einem Privatbrief eines der bestauntesten französischen Sozialisten folgende Stellen hervorheben:

Es geht gut in Frankreich. Die Bourgeoisrepublik steckt in der Sackgasse fest — die Verwirrung und das Durcheinander ist so groß, daß es gar nicht mehr möglich ist, ein festes Ministerium zu bilden. Die größte Schwierigkeit bietet das Budget. Das Defizit beträgt 100 Millionen Franks und man weiß nicht, wie es gedeckt werden soll. Faure ist ein Lebemann (Jouisseur), der all seine Freunde im Stich lassen wird, nur um Ruhe zu haben. Das ist der Präsident, den wir brauchen. Er ist für uns weit besser als der berechnende Brisson, der die Linke sofort verrathen hätte, um die Rechte zu gewinnen. —

Aus der belgischen Kammer berichtet die „Frankf. Zeitung“ das folgende:

Minister de Burlet: In dem Bericht über die gestrige Sitzung ist berichtet, daß ich in Verantwortung einer Interpellation Defnet's, der die Regierung beschuldigte, sie habe auf Arbeiter schiefen lassen, gesagt habe, diese Beschuldigung sei eine Schandlichkeit, eine Unverschämtheit. Darauf habe Herr Vandervelde eingegriffen und mir zugerufen: „Der Unverschämte sind Sie!“ Ich frage das ehrenwerthe Mitglied, ob dieser Bericht richtig ist. Vandervelde: Der Bericht ist richtig. Auf der Rechten sprach man davon, daß man den Arbeitern loyal die Hände entgegenstrecke, worauf einer von uns erwiderte, daß man die Arbeiter mit Kolbenstößen behandle. Hierauf hat der Minister, der im Namen der Regierung spricht, erklärt, diese Erwidrerung sei eine Schmach und eine Unverschämtheit. Darauf habe ich im Namen unserer Gruppe gesagt: „Der Unverschämte sind Sie!“ Ich habe von diesen Worten nichts zurückzunehmen. Minister de Burlet: Herr Vandervelde sagt, er habe im Namen seiner Gruppe gesprochen. Das ist eine Ausflucht. Ich habe das Recht, so zu reden wie ich gethan, denn die Kammer hat im vorigen Jahre fast einmüthig der Regierung recht gegeben. Es ist festgestellt worden, daß diejenigen, welche die Waffen gegen die Arbeiter brauchten, sich im Stande der Nothwehr befanden. (Stimme links: Gehen Sie doch!) Ich habe meinen Anwillen nicht zurückhalten können und habe Herrn Defnet geantwortet. Ich frage mich, mit welchem Rechte sich Herr Vandervelde eingemischt hat. Er sagt, er habe nichts zurückziehen. (Nach einer Pause:) Es handelt sich also um eine Affäre zwischen Herrn Vandervelde und mir! Vandervelde: Vollkommen! Der Präsident der Kammer erklärt, er habe gestern beide Aeußerungen überhört. Die Aeußerung des Ministers war übertrieben, Herr Vandervelde hat aber auch übertrieben und er hatte Unrecht, sich direkt an den Minister zu wenden. Man solle die Aeußerungen auf beiden Seiten zurückziehen. Minister de Burlet: Der Zwischenfall wird anderwärts aufgetragen werden. Die Behauptung Defnet's war so gehässig, daß ich meine Empörung nicht bemeistern konnte. Ich könnte eine Ab schwächung eintreten lassen, wenn Herr Defnet mit geantwortet hätte. Aber Herr Vandervelde hat sich unberechtigter Weise eingemischt. Es ist nur eine Ausflucht, wenn er sich jetzt hinter die sozialistische Gruppe versteckt. Vandervelde: Ich begreife nicht, wie der Minister von Ausflucht sprechen kann, da er doch ankündigt, die Affäre werde anderswo aufgetragen werden. Ich habe im Namen der sozialistischen Gruppe erwidert. So lange der Minister nichts zurückzieht, ziehe ich auch nichts zurück. Der Präsident wünscht, daß beide Aeußerungen zurückgezogen werden. Vandervelde: Wenn es sich nur um eine Gefälligkeit gegenüber dem Herrn Präsidenten handelte, würde ich keinen Augenblick zögern, da ich aber dem Herrn Minister persönlich gegenüber stehe, so muß ich bedauern, den Wunsch nicht erfüllen zu können. Der Präsident wiederholt seinen Wunsch. Vandervelde schweigt. Minister de Burlet (dem man auf der Rechten jurist, er solle nichts zurückziehen) erklärt, er sei empört gewesen, gebe aber zu, daß sein Ausdruck über das Maß hinausgegangen sei. Präsident: Der Minister hat erklärt, daß seine Aeußerung übertrieben war und sich nicht persönlich gegen Herrn Vandervelde richtete. Vandervelde: Meine Aeußerung richtete sich gleichfalls an Alle, welche den von der Bank der Sozialisten ausgehenden Aufruf als eine Unverschämtheit ansehen. Alles was ich thun kann ist, daß ich erkläre, ich werde meine Aeußerung nur in demselben

Masse zurückziehen, als der Minister die seinige zurückzieht. Das ist mein letztes Wort. Der Präsident mahnt dann zu allseitiger Mäßigung und schließt den Zwischenfall.

Trotz dieser Vorgänge denkt man in Belgien an keine Verschärfung der Disziplinarbefugnisse des Präsidenten. —

Lord Randolph Churchill. Unser Londoner Korrespondent schreibt uns über den verstorbenen englischen Staatsmann:

Die politische Karriere dieses Mannes, der seit Wochen nur mit Aufwand aller möglichen medizinischen Künste im Todeskampf erhalten wurde — ein nicht sehr beneidenswertes Privilegium der Großen — ist ein merkwürdiges Beispiel, wie schnell parlamentarische Positionen erobert und wie schnell sie verloren werden können. Wenn Randolph Churchill lange vor dem zu leben aufgehört, bevor er die Augen geschlossen, so war er schon politisch tot, bevor hoffnungslose Krankheit ihn von der politischen Bühne abtreten ließ. Seine glänzendste Epoche war die der ersten Hälfte der achtziger Jahre, wo er die „unverantwortliche“ Opposition der „vierten Partei“ fast mehr noch gegen die offizielle Zeitung der Torypartei als gegen das in Kint befindliche Kabinet Gladstone führte. Rückfichtlose Verachtung aller Traditionen der konservativen Partei und des politischen Konventionalismus, sowie namentlich der Bourgeoisrespektabilität, machten den Abkündigung der Maxwellborough zum wahren Schreckensbild im konservativen Lager, verschafften ihm aber zugleich eine Popularität und einen Einfluß, die es den Parteileitern unmöglich machten, ihn einfach bei Seite zu schieben. Man mußte ihm 1886 einen Sitz im Ministerium Salisbury geben, und alle Zeichen deuteten darauf hin, daß der erst 56jährige sehr bald Ministerpräsident sein werde, als 1886 Gladstone sich zu Homerale bekehrte, die Masse der großen Whigs aus der liberalen Partei ausirten und sich als liberale Unionisten mit den Tories alliierten. Diese Allianz bedeutete den Wendepunkt in Churchill's Karriere. Jetzt konnte man ihn abstoßen, und man stieß ihn ab. Oder vielmehr, jetzt duckte man ihn. Und er war nicht stark genug, sich von neuem aufzulehnen. Wohl legte er nach kurzer Zeit das Parteifeld, das man ihm gegeben, nieder, und wurde wieder unverantwortlich. Aber mit der Reife der Jugend war auch der Zauber seiner Persönlichkeit dahin. Er hatte sich erschöpft, nach allen Richtungen hin. Gegen Gladstone hatte er Parnell und den Irländern beigegeben, nach 1886 erklärte er den Irländern: „ich habe euch bisher geliebt, so viel ich konnte, jetzt werde ich euch, so viel ich nur kann, bekämpfen.“ Damit hand er sich selbst an den Wagen der Torykoalition, und gegen die Balfour-Salisbury'schen Zwangsgesetze fand er kein Wort. Schließlich verlor die parlamentarische Tätigkeit jeden Reiz für ihn, und auf Rennplätzen und in Sportklubs raunte er seine nie sehr starke Konstitution vollends.

Hat er so das Ziel seines Lebens verfehlt, so hat er doch auf den Gang der englischen Politik großen Einfluß ausgeübt und dauernde Spuren seines Wirkens hinterlassen. Durch seine Opposition hat der Torydemokrat Gladstone eine demokratische Politik aufgezwungen und damit die ganze Parteimaschine vorwärtsgehoben. Ohne seine Revolte gegen die konservativen Parteiführer wäre vielleicht auch die Wahlreform von 1884 weniger glatt abgegangen. Jetzt steht sein einstiger Adjutant Balfour auf dem Sprung, die Fingel der konservativen Partei in die Hand zu bekommen, er ist getrieben, wie Churchill fiel. Statt des Cynikers, gelangt der Skeptiker — der Philosoph des „Zweifels“ — ans Ziel. —

Der Nationalkongress der italienischen Sozialisten. Die italienischen Sozialisten hielten, wie wir schon vor einiger Zeit berichtet haben, am Sonntag, den 13. Januar in Parma ihren Nationalkongress ab. Vertreten waren die Sozialisten von Mailand, Turin, Neapel, Florenz, Padua, Cremona, Ivrea, Sampierdarena, Novara, Mantua, Rovigo, Lodi, Ferrara, Alba, Siena, Pisa, Ancona, Parma und anderen Städten.

Jetzt sind wir in der Lage, etwas näheres über den Kongress mitteilen zu können. Der Zweck des Kongresses war vor allem, gegenüber der brutalen Unterdrückungspolitik Crispi's eine geeignete Parteiorganisation zu schaffen, und ferner die Taktik für die nächsten allgemeinen Wahlen zu bestimmen. — Obgleich der Kongress geheim abgehalten wurde, weil alle sozialistischen Versammlungen verboten sind, war er doch von 59 Delegierten besucht.

Auf dem Kongress wurden nun folgende Beschlüsse gefaßt:

„Die italienischen Sozialisten konstituieren sich als „Italienische Sozialistische Partei“. Die Organisation besteht in lokalen Gruppen, deren Mitglieder die einzelnen Parteigenossen der betr. Orte sind. Der jährliche Minimalbeitrag beträgt 1,20 Lire (96 Pfennig).

Die Partei hat einen Nationalrat und ein exekutives Zentralbureau.

Die sozialistischen Gruppen jedes Wahlkreises senden ihre Repräsentanten zu den regionalen und nationalen Kongressen. In den ersten werden die Mitglieder des Nationalrats, in den letzteren die Mitglieder des exekutiven Zentralbureaus gewählt. Das exekutive Zentralbureau hat in den Versammlungen des Nationalrats nur beratende Stimme.“

Diese Resolution, durch die also die Gewerkschaften u. v. von der politischen Partei ausgeschlossen sind, wurde mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Ferner wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Sozialisten nehmen an den kommunalen, provincialen und politischen Wahlen als selbständige Partei theil und stellen überall selbständige Kandidaten auf. Es ist aber gestattet, in den Stichwahlen solche bürgerliche Kandidaten zu unterstützen, welche die bestehenden Freiheiten zu verteidigen versichern.“

Einige Anwesende wollten, daß in solchen Wahlkreisen, wo die sozialistische Partei keine Aussicht auf Erfolg hat, radikale Abgeordnete ohne weiteres unterstützt werden sollten. Indes wurde die obige Resolution mit 84 gegen 20 Stimmen angenommen. —

Crispi arbeitet nach alten Mustern. Stets hat man bei Gefahren innerer Verwickelungen das Volk mit äußeren kriegerischen Erfolgen von der Betrachtung der inneren Lage abzulenken gesucht; so machte es Napoleon III, so der Czar im Jahre 1877. Ob das gleiche in Italien gelingen wird, bleibt dahingestellt. Interessant ist aber jedenfalls die folgende Meldung:

In Regierungskreisen scheint man sich sehr viel von den Siegen des Generals Baratieri zu versprechen und hofft durch das glückliche Vorgehen in Massauah die erschütterte Autorität bezüglich der inneren Politik wieder zu gewinnen. Der Minister-rath soll beschloffen haben, das Protektorat auf die in den Kolonien von Uganda wohnenden Stämme auszudehnen und alsdann die zuerst nach Afrika bestimmten 10 000 Mann dorthin zu senden. —

Getreidezölle in Spanien. Die Schutzpolitik macht Schule. Aus Madrid wird telegraphirt: Der Minister-rath hat über die Erhebung von Schutzzöllen auf Getreide Beschlüsse gefaßt. Es soll ein Zoll und zwar nur auf eine begrenzte Zeitdauer auf die Einfuhr festgesetzt werden; man wird verlangen, daß die Eisenbahngesellschaften die Tarife vom Inneren des Landes nach der Küste herabsetzen und die Tarife von der Küste nach dem Inneren erhöhen. — Der Minister

für Aeterna hat infolge dieses Beschlusses seine Absicht zu demissioniren aufgegeben. —

Giers, der seit dem 9. April 1882 als Nachfolger Gortschakow's das russische Auswärtige Amt leitete, ist gestern im Alter von 75 Jahren nach langen Leiden verschieden. Er wurde von den Panlawischen, deren Kriegsgelüste er stets mit Beschuld zu bekämpfen verstand, scheel angesehen. Jedenfalls hat er um die friedliche Haltung Rußlands während des letzten Dezenniums sich weit eher Verdienste erworben, als der um deswillen von der servilen Presse so mit Unrecht verherrlichte Alexander III. Den russisch-französischen Freundschafts-Verheuerungen stand er kühl gegenüber. Einfluß auf die innere Politik Rußlands zu nehmen, scheint er stets vermieden zu haben. —

Aus Tripolis (Nordafrika) wird gemeldet: Das englische Kriegsschiff „Dolphin“ traf am 18. d. Ms. vor Tokra ein. Der Kommandant und mehrere Offiziere, welche gelandet waren, mußten wieder an Bord gehen, weil die türkische Garnison eine feindselige Haltung gegen sie einnahm. Nach Benghasi zurückgekehrt, setzte der Schiffskommandant es durch, daß der Gouverneur Befehle ergiebt, dem Anlaufen Tokra's durch den „Dolphin“ sein weiteres Hinderniß in den Weg zu legen. Gleichzeitig wurde der Oberbefehlshaber der türkischen Truppenabtheilung in Tokra beauftragt, sein Verhalten zu entschuldigen. —

Parlamentarisches.

Die Umsturzkommission tagte heute Vormittag wieder. Der Vorsitzende theilt zunächst mit, daß vom Reichs-Justizamt das Begründungsmaterial eingegangen sei. Dasselbe wird, laut früherem Beschluß, dem Protokoll zur Einsichtnahme für die Mitglieder einverleibt. Der Vorschlag, bereits jetzt einen Berichterstatter zu bestimmen, wird angenommen und werden die Abgeordneten Spahn und Canecceras mit der Abfassung des Berichts beauftragt. Bei Beginn der Diskussion erklärt Spahn namens der Centrum'smitglieder, daß dieselben den Antrag Greiß zu § 111a zurückziehen und für den Antrag Vohlgut stimmen werden.

Häpden erklärt es als die Absicht der Vorlage, nicht nur die Sozialdemokratie zu bekämpfen, sondern der langsame Untergrabung der Staatsordnung überhaupt entgegen zu treten. Dieser Absicht zu dienen sei der § 111a bestimmt und derselbe müßte deshalb ungedändert angenommen werden. Der Paragraph soll sowohl gegen die Sozialdemokraten und Anarchisten, wie gegen sogenannte wissenschaftliche Arbeiten gewisser Professoren Anwendung finden. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen ergeht sich der Redner über alles Mögliche und noch einiges, ohne zu dem in Frage stehenden Paragraphen etwas Bemerkenswerthes zu sagen.

Während dieser Rede ist der Kompromiß-Antrag Vohlgut formulirt eingelaufen, danach soll bestraft werden, wer „in solcher Weise oder unter solchen Umständen Verbrechen oder Vergehen“ als rühmlich oder berechtigt darstellt, daß die Darstellung geeignet erscheint, andere zur Begehung solcher strafbarer Handlungen anzuregen.“

Dr. Barth läßt, angesichts dieses Kartellproduktes seinen Antrag zu § 111a fallen und nimmt den vom Centrum zurückgezogenen Antrag zu diesem Paragraphen auf.

Mundel erklärt den neuen Antrag Spahn-Vohlgut für absolut unannehmbar und weit schlimmer als die Regierungsvorlage.

Stumm spricht sich für den Kompromißantrag aus. Bebel konstatirt, daß mit dem Kompromißantrag das Bündniß des neuen Kartells, Konservativ-Rational-liberal-Ultramontan, befestigt werde. Weiter weist Redner die Angriffe des Abgeordneten Häpden auf unsere Partei zurück. Für die Beurtheilung durch den Richter komme es in der Regel nicht darauf an, was man sage, sondern wer und vor wem man es sage. Das Gedicht der „Kreuz-Zeitung“ zum letzten Geburtstage des Kaisers würde, wenn es in einem sozialdemokratischen Blatte erschienen wäre, einen Verstoß gegen den § 111a enthalten, denn es fordere ganz offen zum Bürgerkriege auf. Das Centrum verleugne mit der Zustimmung zu dem Antrage Vohlgut sowohl seine ganze Vergangenheit, wie auch die Erklärungen seiner Redner im Plenum. Wäre der Antrag Vohlgut schon Gesetz, so würde die gesammte süddeutsche Presse wegen Entschuldigung der Buchsmüller Vorgänge demselben verfallen sein.

Lenzmann erklärt, daß er gegenüber dem Kompromiß Vohlgut sich genöthigt sehe, jetzt, entgegen seiner früheren Erklärung, für den Antrag Barth (Greiß) zu stimmen.

Stephan (Z.) versucht das Kompromiß zu entschuldigen, was ihm aber nicht gelingt. Spahn unterstützt seinen Fraktionsgenossen in dem Bestreben, den Umfall der Centrum'smitglieder zu beschönigen.

Ein konservativer Schlußantrag wird abgelehnt.

Bebel konstatirt noch einmal die Schwendung des Zentrums, welche wohl eine Folge der Erklärung des Regierungsvortreters am vorigen Freitag sei, wonach die Regierung in jeder Abschwächung des § 111a eine Verwerfung der Vorlage erblicke.

Canecceras giebt zu, daß der § 111a bedenklich sei, aber man könne zu unseren Richtern das Vertrauen haben, daß sie das Richtige finden werden.

Lenzmann konstatirt, daß Mintelen bereits in der letzten Sitzung eine Schwendung des Zentrums in Aussicht gestellt habe, wenn die Regierung auf dem Gebiete der Schule und Kirche Konzessionen mache. Der Minister habe sich sehr reservirt ausgesprochen. Trotzdem sei jetzt das Kompromiß fertig. Was mag in der Zwischenzeit gespielt haben? Mintelen und Dr. Lieber suchen die Vorlegungen Lenzmann's zu widerlegen. Lieber betont, daß Mintelen nicht im Auftrage des Zentrums gesprochen habe. Mintelen selbst wies den Vorwurf, daß er und seine Freunde in dieser Angelegenheit ein Lauscherstück machen wollen, auf das entschiedenste zurück.

In der hierauf erfolgenden Abstimmung wird der Antrag Barth (Greiß) mit allen gegen sechs Stimmen abgelehnt. Das Centrum stimmte gegen seinen eigenen früheren Antrag. Hierauf wird der Antrag Vohlgut mit zwanzig gegen sieben Stimmen angenommen. Vom Centrum stimmte Dr. Schindler dagegen.

Nach dieser Abstimmung wird also in Zukunft die Darstellung von Verbrechen (z. B. der französischen Revolution oder des Bauernkrieges) als rühmlich oder berechtigt in der Presse oder öffentlich vor einer Menschenmenge bis zu einem Jahre Gefängniß bestraft.

Außer der „Glorifikation“ von Verbrechen sollen auch die Anpreisung jener Vergehen mit der gleichen Strafe belegt werden, die unmittelbar und in besonders bedenklicher Form gegen die Staatsmacht sich richten, oder die das Gefühl der Sicherheit in der Bevölkerung am ehesten gefährden.“ In die Auswahl dieser Paragraphen trat die Kommission nun ein. Zur Frage stehen zunächst die §§ 113 und 114 (Widerstand gegen die Staatsgewalt). Vom Centrum liegt ein Antrag vor, diese beiden Paragraphen zu streichen.

Von den Regierungsvortretern, Minister v. Köller und Geheimrath Putz, wurde besonders die Gefahr für die Autorität des Beamtenthums hervorgehoben, welche darin liegt, wenn der Widerstand gegen die Staatsgewalt unbestraft glorifizirt werden darf. In derselben Richtung plädierte Herr v. Salich (L.), Stumm und Buchta (L.). Ersterer befragt besonders die vielen Feindschaften, denen die Polizei-Organ-

ausgesetzt seien. Minister von Köller hat einen Brief erhalten, in dem er grob beschimpft, und ihm mitgetheilt wird, daß der „anarchistische Klub“ sein (des Ministers) Todesurtheil gefällt habe. (Auer ruft dem Herrn Minister zu: Da leben Sie noch lange!)

Lenzmann will keine Verstärkung der Polizeigewalt. Auer meint, wenn die Polizei viel angefeindet wird, so muß dafür doch ein Grund vorhanden sein und der ist darin zu suchen, daß die Polizei in ihrem Nachbawußsein auf die Bedürfnisse des Publikums keine Rücksicht nehme. Wo die Polizei dem Schutze des Publikums obliege, finde sie auch die Sympathien desselben. Wer aber die Gewohnheiten, besonders der Berliner berittenen Schuhmannschaft gelegentlich großer Volksausfälle kennt, wird begreifen, warum für dieses Verhalten im Publikum keine Sympathien vorhanden sind. Redner erinnert weiter an die Zeit des Kulturkampfes, wo in der ultramontanen Presse Priester und Bischöfe, welche der Staatsgewalt Widerstand entgegensetzten, häufig glorifizirt wurden. Redner erinnert auch an die Rheinbröcker Glodenaffäre und die Vorgänge in Marpingen, wo die gesammte katholische Bevölkerung Partei gegen die Behörden und für den Widerstand gegen die behördlichen Maßnahmen nahm.

Bei der Abstimmung wird der § 113 mit 18 gegen 11 Stimmen gestrichen, dagegen der § 114 mit 12 gegen 14 Stimmen stehen gelassen. Für die Streichung des § 113 stimmte auch Liebermann von Sonnenberg. Die Beibehaltung des § 114 erfolgte, weil 2 Mitglieder des Zentrums bei der Abstimmung fehlten.

Dr. Barth beantragt, den § 124 (öffentliche Zusammenrottung) zu streichen.

Bebel fragt an, ob nach Annahme dieses Paragraphen die Aufführung der „Weber“ von Gerhart Hauptmann auch zu verboten sei? Buchta (kons.) bejaht diese Frage; die Regierungsvortreter aber schwiegen sich dieser Anfrage gegenüber aus.

Bei § 125 (Landfriedensbruch) macht Bebel darauf aufmerksam, daß mit dieser Bestimmung die gesammte bayerische Presse in der Buchsmüller Angelegenheit sich strafbar gemacht hätte.

Die §§ 124 und 125 werden mit allen gegen 5 Stimmen freigegeben und Sozialdemokraten angenommen. Ebenso wird die Aufnahme des § 240 (Möblichung), dessen Streichung das Centrum beantragt, mit 18 gegen 12 Stimmen beschlossen.

In diesem Falle stimmte Dr. Barth, der übrigens erklärte, gegen den ganzen Paragraphen in der Fassung Vohlgut-Spahn stimmen zu wollen, für die Regierungsvorlage. Mittlerweile war es 1/3 Uhr geworden und wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch um 10 Uhr statt.

Parteinachrichten.

Die vier Volksversammlungen in denen über „das Wahlrecht der Frauen“, referirt werden wird, finden nicht, wie irrthümlich angegeben, Ende dieses Monats, sondern am 5. und 6. Februar statt, und zwar, am 5. Februar in den Lokalen „Kolberger-Salon“ und „Sanssouci“, am 6. Febr. in den „Arminhallen“ und „Böhmisches Brauhaus.“ Wir erjuchen die Vereine möglichst Rücksicht auf diese wichtigen Versammlungen zu nehmen. Die Frauen-Agitationskommission.

Zur Umsturzvorlage. Unser Genosse Bebel äußerte sich kürzlich in der Umsturzkommission in bezug auf die Unparteilichkeit der Richter sehr treffend dahin, daß unsere Richter wohl in der Regel nicht „bewußt parteiisch“ seien, sondern daß sie eben auch nur Menschen wären, und als solche sich den Einflüssen ihrer Umgebung und Klassenstellung nicht entziehen könnten. Der Redner berief sich dabei auf die leghin aus Breslau berichtete Thatsache, wo es offenes Geheimniß sei, daß vor derselben Strafkammer in bezug auf das Strafmaß die widersprechendsten Urtheile gefaßt wurden. Es komme nur darauf an, ob man am Dienstag oder Freitag vor Gericht stehe. Die Richter wechseln an diesen Tagen, und mit diesem Wechsel ändere sich auch die Beurtheilung des Falles. Die Vorlage lege die Entscheidung in die Hände des Richters und diese haben es in der Hand, dieselbe Keuschung bei dem einen Redner als harmlos und bei dem anderen als strafbar zu erachten. Die freie Beweiswürdigung gebe den Angeklagten hilflos in das Ermessen der Richter, die Richter aber könnten sich so wenig, wie die übrigen Menschen, des Einflusses ihrer Klassen-vorurtheile entziehen.

Wer die von uns an dieser Stelle veröffentlichten Urtheile gegen Sozialdemokraten, die sich sehr häufig, oft bei den wichtigsten Dingen durch ihre drakonische Härte, noch mehr aber durch die eigenthümliche Begründung auszeichnen, regelmäßig verfolgt, kann sich der Richtigkeit der Bebel'schen Ausführungen nicht entziehen.

Ein weiteres Beispiel, daß die Richter nach ihrem Ermessen auch ohne Umsturzgesetz in der Lage sind, sozialdemokratische „Verbrecher“ empfindlich zu strafen, wird uns in folgendem aus Freiburg i. Schl. gegeben. Dort hatte der Genosse Hartung eine zwanzigtägige Haftstrafe zu absolviren. Während dieser Strafverbüßung wandte er sich an den Amtsrichter, dem zugleich die Gefängnißaufsicht mit obliegt, mit dem Ersuchen, man möge ihm (H.) eigene Beschäftigung (schriftliche Arbeiten), Selbstbeschäftigung, Tabakrauchen und Lectüre gewähren.

Amtsrichter Schindler lebte sämtliche Forderungen ab und zwar erstens mit dem Bemerken, das Gefängniß Gefängniß sei kein Ort zum Fabriziren sozialistischer Romane, zweitens und drittens mit der Motivirung, wenn man dieses gewähren würde, wo bleibe denn dann eigentlich die Strafe! — Briefwechsel mit seiner Frau wurde H. nur insofern gestattet, als H. nur geschäftliche Fragen und Themen in seinen Briefen berühren durfte. Auch gestattete man ihm, aus einem der ersten Freiburger Hotels sein „täglich Brot“ gegen einen horrenden Preis zu beziehen!

Im ersten Briefe, den H. an seine Frau schrieb, beging er nun allerdings die Unvorsichtigkeit, den Amtsrichter wegen der Ablehnung seiner Anträge der „Chikanererei“ zu zeihen.

Der Amtsrichter Schindler, der bei der Kontrolle der zu besördernden Briefe auch diesen las, stellte Strafantrag wegen Beleidigung. Am Freitag, den 18. Januar cr., wurde vorstehende Angelegenheit vor der Strafkammer in Schweidnitz verhandelt.

Genosse Hartung plädierte für seine Freisprechung, da in der That der Amtsrichter Schindler gegen ihn voreingenommen gewesen sei. Denn derselbe habe in dem Negiren aller Anträge H.'s und besonderen Herauskehren seiner politischen Gesinnung der Annahme Berechtigungen verlichen, daß er (Schindler) gegen politisch Andersgläubige anders als gegen den Sozialdemokraten H. verfahren wäre. Wenn aber parteipolitische Gründe und Momente in Frage kämen, dann sei man wohl berechtigt von Chikanen zu reden. Ferner, daß H. ein armer Teufel ist, wußte Schindler, und trotzdem suchte er den theuersten Speisebezug für ihn heraus. Des weitern betonte H., daß in der Gefängnißordnung sehr wohl ein Passus vorhanden ist, der für das Rauchen kein durchgehendes Verbot auskommen läßt, und daß insolge dessen einem leidenschaftlichen Raucher im Gesundheitsinteresse eine Erleichterung hätte gestattet werden können, wenn, nun ja, wenn der gute Wille da gewesen wäre. Ueberdies, führte H. weiter an, sei der Brief für seine Frau und nicht für Schindler bestimmt gewesen.

Der Staatsanwalt faßte die Angelegenheit wesentlich anders auf. Er sagte unter anderem: Wenn ein Landstreicher (H.) eine derartige Beleidigung gebraucht, so verzeiht man ihm, wenn aber ein Mann von Bildung und außerdem ein Agitator der Sozialdemokratie sich Äußerungen wie vorstehend geschilderte erlaubt, dann muß man mit höchstem Strafmaß messen. Er schilderte H. als einen ruchlosen Menschen

*) Balfour hat eine Abhandlung „on doubl“ verfaßt.

ohne Gottesfurcht, dessen ganzes Bestreben darauf hinauslaufe, jede göttliche und irdische Autorität zu untergraben. Der Vorsitzende des Gerichtshofes gab in seinen Urtheilsbegründungen nur ein Echo der staatsanwaltlichen Fanfare: Ordnung — Umsturz — Sozialdemokratie — Vernichtung jeder Autorität — schwere Beleidigung — und verurtheilte zum Schluss drei Monate Gefängnis. Die Ehre des Herrn Amtsrichter Schindler ist gerettet. Genosse H. wird Revision anmelden.

Einem Amtsrichter „Chikane“ vorzuwerfen, mag in unserer nervösen Zeit eine Beleidigung sein. Wenn dasselbe Verbrechen aber, das der Staatsanwalt bei einem „Landstreicher“ eventuell entschuldigend zu können glaubt, bei einem Sozialdemokraten mit drei Monaten Gefängnis bestraft wird, so beweist das eben zur genüge, daß wir der Rauschulparagrafen des „Umsturzgesetzes“ wahrlich nicht bedürfen.

Kritik an der Umsturzvorlage darf im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Altsadt nicht geübt werden, sie ist demnach auch wohl nach der Meinung der Amtshauptmannschaft unter der Kritik. Alle öffentlichen Versammlungen mit diesem Thema werden verboten. Die öffentliche Ruhe und Sicherheit soll angeblich gefährdet sein, wenn das Volk gegen die Anordnungen sich wehrt. Gründe werden dafür nicht angegeben und sie dürften wohl auch an unheilbarer Schwäche leiden! Die Amtshauptmannschaft, so bemerkt hierzu die „Sächs. Arb.-Ztg.“ ganz richtig, liefert so den Beweis, daß unser Versammlungsrecht das beste Mittel zur Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung ist! Das Umsturzgesetz ist also überflüssig.

Der sozialdemokratische Parteitag der Provinz Schleswig-Holstein fand vom 20. bis 22. d. Mts. in Flensburg statt. Anwesend waren 63 Delegirte, welche 59 Ortsgruppen vertraten. Aus den Berichten über den Stand der Bewegung in den einzelnen Wahlkreisen ist hervorzuheben: Die Agitationskommission hat die Wahlkreise mit genügend Agitationsmaterial versorgt. Im September vorigen Jahres wurden 12000 Exemplare des „Norddeutschen Volkskalenders“ verbreitet. Von der Abfassung eines Flugblattes in dänischer Sprache wurde Abstand genommen, da die jüngere Bevölkerung der Viehzahl nach der deutschen Sprache mächtig sei. Von Hamburg aus sind 800 Versammlungen mit Referenten besichtigt worden. Der 5. Reichstags-Wahlkreis überwiegt der Kommission 250 M., vom 6. Wahlkreis gingen 1000 M. ein. 570 M. wurden für Prozesse ausgegeben. Die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ ist in 545 Exemplaren im Wahlkreis verbreitet, das „Hamburger Echo“ in ca. 1700, die „Nord-Wacht“ in 281 Exemplaren, 1800 „Wahre Jakob“ und 40 „Süddeutsche Postillons“ werden verbreitet. 86 öffentliche Versammlungen fanden statt. Die Einnahme betrug erfreulicherweise in Ottensen ca. 18000 M. Bei der Wahl kamen über 10000 M. ein. Von Hamburg wurden über 3000 M. beigetragen. Der Wahlkampf dürfte 22000 M. gekostet haben. 8040 M. wurden im Wahlkreis, Ottensen abgerechnet, aufgebracht. Das Resultat ist aber ein durchaus günstiges. Die sozialdemokratischen Vereine hielten 123 Versammlungen ab. Die Mitgliederzahl beträgt in Ottensen 1500, in Elmshorn 115, zusammen in allen Ortsteilen 2407. Insgesamt nahmen die Vereine 12064, 78 M. ein. Die Gesamteinnahme des 6. Kreises betrug über 31000 M.

In ähnlich erfreulicher Weise kann von den übrigen Wahlkreisen berichtet werden. So haben in 7. 65 Versammlungen stattgefunden und wurden 32000 Broschüren verbreitet. Im 8. Wahlkreis haben 50 öffentliche und 54 Vereinsversammlungen stattgefunden; 3085 Genossen sind politisch organisiert. Wanderschaft zählt 1000 organisierte Genossen. Weniger günstig lauten die Berichte aus dem 9. und 10. Wahlkreise, was sich daraus erklärt, daß diese Kreise jenseit Landgebiet sind. Den 8. Wahlkreisen Hamburgs gehören insgesamt 13000 Genossen an. Wahlkreise Flensburg bespricht die Doppeltfrage für die Stadt Flensburg. Die Militärbehörde habe die Arbeiter gedrängt, diese Waffe in der gleichen Weise zu handhaben, wie sie überall und in Flensburg seitens der Behörde gebraucht werde. Wenn hierdurch Existenzen gefährdet werden, so sei es nicht Schuld der Arbeiter.

Die Parteigenossen von Wandsbeck stellen folgenden Antrag: Der Parteitag möge beschließen, bei stattfindenden Wahlen der Delegirten zum Parteitag der Provinz Schleswig-Holstein einen einheitlichen Wahlmodus mittels Stimmzettel einzuführen. Gründe: 1. Zur Begründung dieses Antrages haben wir hervor, daß durch die Abstimmung per Affirmation nicht die wahre Meinung der Versammlung zum Ausdruck kommt, weil die meisten Genossen sich der Abstimmung enthalten. 2. Da alle Genossen doch gleichwertig sind und jeder vorgeschlagene Genosse nach besten Kräften die Interessen der Partei vertreten wird, finden die Genossen Anlaß, für die zuerst vorgeschlagenen Genossen zu stimmen, insofern dessen sind die zuletzt vorgeschlagenen benachteiligt. Dieser Antrag wurde mit der Aenderung, daß es ein Wunsch des Parteitage sein solle, angenommen. Nachdem noch beschlossen worden, daß der nächstjährige Parteitag in Elmshorn abgehalten werden soll, findet der Parteitag seinen Schluß.

Der 6. Parteitag der rheinischen Sozialdemokratie fand am 20. und 21. Januar in Duisburg statt und war von 54 Delegirten besetzt, die 89 Orte vertraten. Der Bericht des Agitations-Komitees, den wir bereits in Nr. 17 unseres Blattes vom 20. Januar zum Abdruck brachten, veranlaßte eine lebhafteste Debatte und zeitigte folgende Anträge, welche auch zur Annahme gelangten: Bei Jahresabschluss haben die Vertrauensleute der verschiedenen rheinischen Bezirke dem Agitations-Komitee ihren Jahresbericht einzufenden, damit auf dem rheinischen Parteitage dieses in der Lage ist, einen vollständigen Bericht über die Gesamtbewegung geben zu können. 2. Das Agitations-Komitee wird verpflichtet, in Zukunft alle Bekanntmachungen und Berichte an alle rheinischen Parteiblätter gleichzeitig einzufenden. — Nach einem Referat des Genossen Meißner-Köln zur „Landagitation“ fand folgende Resolution einstimmig Annahme: Der rheinische Parteitag erklärt im Einverständnis mit dem Referenten: die sozialdemokratische Agitation unter der landwirthschaftlich thätigen Bevölkerung muß unter allen Umständen an dem grundsätzlichen programmatischen Standpunkte: die Vergesellschaftung des Grund und Bodens neben dem der übrigen Produktionsmittel, festhalten. Es ist unzulässig, dem ländlichen Kleinbesitz die Fokussierung auf Erhaltung des Kleinbesitzes zu nähern oder Vorschläge zu machen, welche eine Verlagerung des Glendes der Kleinbesitzer bedeuteten. In der Rheinprovinz ist der Anschluß der landwirthschaftlich thätigen Bevölkerung an die Sozialdemokratie im Sinne des Programms um so weniger zu verhindern, als diese landwirthschaftlich thätige Bevölkerung sich als Knechte, landwirthschaftliche Tagelöhner, Bauern ohne Knechte, Personen mit halb handwerksmäßiger, halb landwirthschaftlicher Beschäftigung in proletarischen Verhältnissen befindet. — Zum Punkt: Presse, werden die Solinger Angelegenheiten erörtert und zu dem von uns ebenfalls bereits mitgetheilten erfreulichen Abschluß gebracht. Elberfeld wurde wieder als Sitz des Agitations-Komitees bestimmt. — Zur Kasienabrechnung sei noch nachgetragen, daß der Einnahme von 2815,67 M. eine Ausgabe von 2552,55 M. gegenüber stand. — Der nächstjährige Parteitag wird in Solingen stattfinden.

Gewerbegerichtswahlen. In sämtlichen Bürgermeistereien des Kreises Solingen, sowie in der Stadt Solingen selbst, fielen bei der am 25. d. M. stattgefundenen Wahl zum Gewerbegericht (Arbeitnehmer) die Liste der sozialdemokratischen

Partei. Gegnerische Stimmzettel wurden nirgends abgegeben, unsere Kandidaten wurden überall einstimmig gewählt.

Parteiliteratur. Der Verwalter der „Münchener Post“, Genosse Cohn konnte einer Parteiverammlung in München die Mittheilung machen, daß der Stand der Zeitung jetzt ein erfreulich günstiger sei und das Blatt vollständig auf eigenen Füßen stehe. Nicht so günstig steht es mit dem Buchhandlungs-geschäft, das einen bedeutenden Zuschuß von Seiten der Zeitung erfordert, was zu dem Entschluß geführt hat, dasselbe vom 1. April ab aufzugeben und die dann zu ersparende Summe zur besseren Ausgestaltung der Zeitung zu verwenden.

Zwei Jahre Gefängnis und 1250 Mark Geldstrafe wurden im Jahre 1894 gegen die Redakteure der beiden Arbeiterblätter, das „Sächsische Volksblatt“ und das Bergarbeiterorgan „Bild Auf!“ verhängt. Außerdem verurtheilt der Redakteur des „Sächsichen Volksblattes“, Genosse Trognier, seit März 1894 eine Gefängnisstrafe von 11 Monaten, die er Mitte Februar abgeessen haben wird, und Genosse Gladewitz hatte im August eine einjährige Gefängnisstrafe im Landgefängnis verbüßt. Seit Jahr und Tag sitzen ständig Redakteure der beiden Arbeiterblätter hinter Schloß und Riegel. Und da sollen die geltenden Gesetze nicht anstreifen?

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Ohne Umsturzgesetz verurtheilt am Freitag die Potsdamer Strafkammer als Verurtheilte zwei Parteigenossen aus Brandenburg zu geradezu horrenden Strafen. Der Genosse Sidow sollte durch ein Flugblatt einen Gastwirth beleidigt haben. Der Amtsanwalt in Brandenburg hatte 50 M. Geldstrafe beantragt, das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, während die Strafkammer auf sechs Wochen Gefängnis erkannte. Im zweiten Falle handelte es sich ebenfalls nur um die Beleidigung eines Privatmannes, des Schneidermeisters Kruke in vier Fällen durch die „Brandenburger Zeitung“. Auch hier war in erster Instanz auf die verhältnismäßig geringe Strafe von 100 M. erkannt. Die Potsdamer Strafkammer ging nicht bloß weit über diese Strafe, sondern auch über den Antrag des Staatsanwalts, der 3 Monate Gefängnis beantragt hatte, hinaus und verurtheilte den Redakteur Genossen Simon zu sechs Monaten Gefängnis. (Einen ausführlichen Bericht lassen wir morgen folgen. D. Red.)

Die beabsichtigte Knebelung des deutschen Volkes — so lautete die Tagesordnung einer Protestversammlung, welche die Elberfelder Parteigenossen am Montag Abend einberufen hatten. Die oben bezeichneten Worte, die an den Anschlagläusen prangen und die Tagesordnung ankündigten, schienen indes dem Polizei-Inspektor schon allein genügend, den Staat in Gefahr zu bringen. Er ließ deshalb diesen Satz auf den Plakaten überkleben, was natürlich sehr dazu beitragen haben wird, den Besuch der Versammlung in günstigster Weise zu beeinflussen.

Ein gefährlicher Name. Ein Genosse namens Werner, der an der „Bürgerzeitung“ in Bremen angeheftet ist, wurde kürzlich von zwei Polizisten verhaftet und nach dem Polizeigewahrsam gebracht. Inzwischen entwickelte sich in der Wernerschen Wohnung ein reges Treiben. Kisten und Kästen und alle sonstigen Behälter wurden von Polizeibeamten ausgepackt und auf das peinlichste untersucht, jedes kleine Päckchen wurde mit einem Siegel besetzt und beschlagnahmt. Die im Besitze Werners befindlichen Visitenkarten und Geschäfts-Empfehlungen mußten es sich gefallen lassen, sorgfältig abgezählt, verpackt und mitgenommen zu werden, selbst die Asche im Aschbehälter wurde auf das genaueste durchstöbert, und immer noch nichts Verdächtiges gefunden. Da endlich — eine große Flasche mit veräthertem, gräulich schimmerndem Inhalt! Die Flasche durfte nicht lange im Hause bleiben; sofort packten sie zwei geübte Hände der heiligen Hermandad und beförderten sie zu dem in der Nähe wohnenden Apotheker, welcher schleunigst die Untersuchung des Inhaltes vorzunehmen hatte. Es stellte sich denn auch richtig heraus, daß die Flasche — aufgelösten Chloralkali enthält, wie er seitens der meisten Wäscherinnen bei der Wäsche Verwendung findet. Nach Brandigung dieser hochnotpeinlichen Haus-suchung wurden die beschlagnahmten Pakete mitgenommen zum Stadthaus, von wo Werner nach seiner Entlassung aus der Haft das Vergnügen hatte, sie wieder mit nach Hause nehmen zu dürfen. Was war die Ursache dieser hochnotpeinlichen Untersuchung? Der Behörde war mitgetheilt worden, daß der aus Berlin nach England entsandene Buchdrucker Werner nach Deutschland zurückgekommen sei und in Bremen Wohnung genommen habe.

Soziale Ueberlicht.

Der VIII. deutsche Handwerkerkongress soll, wie der leitende Ausschuss bekannt gibt, vom 21. bis 23. April in Halle abgehalten werden. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Stellungnahme zu den Regierungsplänen betreffs Organisation des Handwerks. 2. Befähigungsabweisung. 3. Obligatorische Innungen. 4. Stellungnahme zur Novelle, den Hausirhandel betreffend. 5. Der Waiswandel. 6. Weitere Forderungen, Gefängnisarbeit, Konsumvereine etc. — Anträge müssen bis zum 7. April an den Zentralvorstand des Handwerker-Bundes in München eingereicht sein.

Die Bescheinigung, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen, ist nachstehenden Krankentafeln entzweit worden: Freiwillige Krankentafel (G. H.) in Lüttau, Krankentafel der Schuhmacher (G. H.) in Elmshorn, Tischler-Krankentafel und Sterbefasse „Einigkeit“ (G. H.) in Straßfurt, Krankentafel und Begräbniskasse der Seisenfieber und Berufsgenossen zu Berlin (G. H.), Krankentafel und Sterbefasse des Vereins der Fischer zu Berlin (G. H.), Allgemeiner Kranken-Unterstützungsverein zu Pommern (G. H.).

Gewerkschaftliches.

Achtung, Parquetbodenleger! Die Firma Rosenfeld u. Co. Berlin, soll, wie uns mitgetheilt wird, mit der Absicht umgehen, demnächst Lohnreduktionen vorzunehmen, was wir hiermit zur Kenntniß der Kollegen bringen. Am Sonntag wird eine Versammlung einberufen werden, die sich mit jener Angelegenheit eingehend beschäftigen wird und der beizuwohnen wir alle Kollegen dringend ersuchen. Der Zentral-Arbeitsnachweis der Holzarbeiter.

Au die deutschen Glasarbeiter der Weichholzglas-Branche. In den nächsten Tagen wird der hohe Bundesrath zusammenzutreten, um über die Regierungsvorlage betreffs Ausnahmebestimmungen über die Sonntagsruhe in den Betrieben Beschlüsse zu fassen. Auch die „Sonntagsruhe in den Glasfabriken“ wird an die Reihe kommen. Das veranlaßt eine Anzahl Fabrikanten der Hohlglas-Branche in Benzig O.-L. eine Petition an den Bundesrath zu richten, in welcher gebeten wird, auch dieser Branche die Wohlthat von Ausnahme-Bestimmungen zu theil werden zu lassen, d. h. das Arbeiten an Sonntagen zu gestatten. Das Recht des Petitionirens soll ihnen nicht bestritten werden. Die Herren haben aber eine weitere Petition vorbereitet, auf welcher sich die Arbeiter unterschreiben sollen, daß auch sie solche Ausnahmebestimmungen wünschen resp. Sonntagsarbeiten wollen!

In einem Begleitschreiben zu diesen Petitionen heißt es in bezug auf die Arbeiterpetition: „Werner bitten wir Sie, Ihre Arbeiter anzu-

regen, eine ähnliche Petition, wie wir gleichfalls eine solche beilegen, dem Bundesrath zugehen zu lassen, welche wahrscheinlich mehr nützen wird, als unsere Eingabe.“

Das spricht für sich selbst. Die Glasarbeiter aller Branchen haben aber im Juli 1893 eine Petition an den Bundesrath gerichtet, in welcher sie die volle Sonntagsruhe verlangten. Des wollen sich die Kollegen entsinnen! Und selbst wenn sie gezwungen gemacht die Petition der Fabrikanten unterthäten, würden sie ihrer damals an den Bundesrath gerichteten Eingabe den Stempel der Buge aufdrucken und sich selbst einen Faustschlag ins Gesicht versetzen! — Die Kollegen wissen nun woran sie sind und wie „Petitionen“ zu stande kommen. Mit Entrüstung muß ein solcher Versuch abgewiesen werden. Ich habe sofort eine entsprechende Eingabe an den Bundesrath gemacht. Alles nähere folgt in nächster Nummer des „Fachsogenos“. Löttau, im Januar 1895. Georg Horn, Vertrauensmann der Glasarbeiter Deutschlands. Alle Arbeiterblätter sind um sofortigen Abdruck ersucht.

Zuzug von Schuhmachern nach Mainz ist fernzuhalten.

Der Vorstand der freien Vereinigung der Getreide-träger erklärt, daß er mit dem Verein der Mehl- und Getreidehändler, der in einem gesperrten Lokal bei Jost ein Vergnügen abhält, nicht identisch ist. Der genannte Verein ist ein Vergnügungsverein, der nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht.

Der Zentralverband der Berg- und Hüttenarbeiter mit dem Sitz in Brüx in Böhmen hält am 24. Februar im „Blauen Stern“ in Brüx seine diesjährige Generalversammlung ab.

Die Buchdrucker und Schriftgießer Mährens haben den Buchdruckereibesitzern einen Normaltarif vorgelegt. Am 2. Februar soll eine Versammlung der Prinzipale stattfinden, um über diesen Tarif zu beraten. Als weiterer Verhandlungsgegenstand soll auch die Ausarbeitung eines Normal-Kunden-tarifes für Mähren, eventuell für ganz Oesterreich auf der Tagesordnung stehen. Die Kosten der Einführung des Normaltarifes der Gewerkschaft sollen ganz einfach die Kunden bezahlen. Der Gedanke der Prinzipale darf nicht geschmälert werden. Dies der Zweck der Versammlung. — In Reutitsch ein wurden in der Druckerei Hainer Hohl zwei Gesellen anlässlich der Ueberreichung des Normaltarifes gemagtregelt, während von den anderen Gesellen bis zum 26. d. Mts. eine schriftliche Erklärung verlangt wurde, daß sie aus dem Verein der Buchdrucker und Schriftgießer Mährens ausgetreten sind, widrigenfalls sie ebenfalls entlassen werden.

Depeschen.

Wolffs Telegraphen-Bureau.

Wien, 28. Januar. Mit ziemlicher Bestimmtheit wird hier in eingeweihten Kreisen behauptet, Fürst Lobanow werde der Nachfolger des Herrn v. Stierl.

Paris, 28. Januar. Die heute im Parlament verlesene Botschaft des Präsidenten Faure spricht für die Wahl Dank aus und bezeichnet dieselbe als eine Ehrung der arbeitssamen Demokratie, zu welcher der Präsident sich rechne. Der Präsident fügt hinzu, er kenne die ganze Größe seiner Pflichten und werde sich denselben nicht entziehen, vielmehr ihnen seine ganze Hingebung und alle Wachsamkeit widmen, um die Beobachtung der konstitutionellen Gesetze und eine gesetzmäßige, loyale Ausübung des parlamentarischen Regimes sicher zu stellen. Die Botschaft erinnert weiter an die Ruhe, mit welcher sich die Uebertragung der Präsidentschaftswürde vollzog, und fährt fort: „Das Parlament hat bewiesen, daß das freie Funktioniren der Institutionen für alle Umstände ausreicht, um einen ununterbrochenen Gang der öffentlichen Geschäfte zu sichern. Die republikanische Staatsordnung kann übrigens keiner Gefährdung ausgesetzt sein. In jedem Augenblick kann thätiglich die Nation ihren Willen durch die Vermittelung ihrer Vertreter zum Ausdruck bringen und diese Vertreter haben immer die Sicherheit, in der Regierung einen treuen Mitarbeiter zu finden. Frankreich verwehrt nicht eine ruhige Agitation mit dem unaufhaltsamen Fortschritt. Alle Gutgesinnten werden sich in demselben Gedanken zusammenschließen, in dem Gedanken der Verbesserung, Beruhigung und sozialen Gerechtigkeit, um durch die allgemeine Eintracht und durch die republikanische Brüderlichkeit die andauernde Entwicklung des materiellen und moralischen Wohlbefindens vorzubereiten. Stolz auf seine Armee und Marine, stark genug, um mit Recht laut seine Friedensliebe betheuern zu können — und im Besitze so werthvoller Sympathien, an denen das Land unverbrüchlich festhält, rüflet sich Frankreich in dem neuen Streben zum Fortschritt, die Nationen zu den großen Felsen einer Arbeit einzuladen, welche würdig ist, das Jahrhundert zu krönen. In Literatur, Kunst, Wissenschaft, Industrie, Handel, Ackerbau, in den breiten Massen des allgemeinen Stimmrechts, muß ebenso wie in der politischen Welt derselbe Eifer alle diejenigen vereinigen, denen der Glanz des französischen Namens am Herzen liegt.“ Die Botschaft schließt: „Zu dieser Vereinigung, zu dieser gemeinsamen Arbeit für die Macht und den Ruhm der Republik lade ich Sie ein, in dem sicheren Bewußtsein, hierin der Interpret unserer gesamten Demokratie zu sein.“

Paris, 28. Januar. Deputirtenkammer. (Schluß.) Die von dem Justizminister Trarieu eingebrachte Amnestievorlage bewilligt den wegen eines Komplots oder Attentats gegen die innere Sicherheit des Staates, sowie den wegen Freß- und Streikvergehens Verurtheilten volle und ganze Amnestie. Die Vorlage wurde mit 511 gegen 7 Stimmen angenommen. (Nähe auf der äußersten Linken: Es lebe Rochefort!) Gantier brachte einen Antrag auf eine Revision der direkten Abgaben ein und beantragte dafür die Dringlichkeit, die vom Ministerpräsidenten Ribot belämpft und von der Kammer mit 382 gegen 118 Stimmen abgelehnt wurde. Abbe Demire brachte hierauf eine Resolution ein, in welcher die Regierung aufgefordert wird, die gegen Beamte und Mitglieder des Klerus getroffenen Disziplinarmaßnahmen aufzuheben. Der Antrag wurde mit 284 gegen 163 Stimmen angenommen, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

New-York, 28. Januar. Aus Mexico wird gemeldet: Die Regierung von Mexico lehnte den Vorschlag des Staatsdepartements in Washington ab, die Grenzfreiheiten mit Guatemala einem Schiedspruch zu unterbreiten. Mexico nahm den Vorschlag freundlich entgegen und dankte für das freundliche Interesse.

New-York, 27. Januar. Nach der Meldung eines hiesigen Blattes ist Freitag in Cundinamarca (Columbia) ein Aufstand ausgebrochen und im ganzen Lande das Standrecht proklamirt worden. Bogota ist in Belagerungszustand erklärt worden, da das Andringen der Ausständigen befürchtet wird. In der Provinz Tolima herrscht gleichfalls Aufruhr. Der Präsident von Columbia erklärte, daß die Ordnung in einigen Tagen wieder hergestellt sein werde.

(Depeschen-Bureau Herald.)

Budapest, 28. Januar. Im Laufe des heutigen Tages haben in verschiedenen Stadtvierteln Demonstrationen Arbeitloser stattgefunden. Der Polizei gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. 19 Personen wurden in polizeilichen Gewahrsam genommen.

London, 28. Januar. Zwischen dem englischen Ministerium des Aeußern und der türkischen Regierung sind Differenzen ausgebrochen, weil der türkische Konsul sich geweigert hat, die Pässe zweier englischer Journalisten zu visiren, welche nach Armenien reisen wollten.

Lütticher Anarchistenprozess.

(Original-Bericht.)

Lüttich, 25. Januar.

Nachmittag-Sitzung.

Die Vernehmungen über das Attentat bei Dr. Renon werden fortgesetzt. Keiner der weiteren Zeugen vermag jedoch irgend einen Anhaltspunkt über den Thäter zu geben.

Die Verhandlung wendet sich einem weiteren Punkte zu. Es handelt sich um das Ehepaar Schlabach. Der Lütticher Untersuchungsrichter Jacques sagt aus, daß ihm von einer Seite der Angeklagte Schlabach als Agent provocateur bezeichnet worden sei. Irigend welche bestimmte Thatsachen darüber seien ihm jedoch nicht mitgeteilt worden. Ob die Regierung gewisse Gründe gehabt habe, Schlabach nicht außer Landes zu weisen, könne sein Gewährsmann ihm nicht sagen.

Eine weitere Zeugin ist das Dienstmädchen Katharina Steden.

Vorf.: Kannten Sie einen der Angeklagten?

Zeugin: Das Ehepaar Schlabach. Als ihr Mann verhaftet war, kam Frau Schlabach zu mir gelaufen und bat mich, zu ihrer Verwandten Marie Wendel (die als Deckadresse diente) zu gehen und sie zu fragen, ob denn kein Brief für ihren Mann da sei. Die Wendel hatte aber keinen Brief bekommen. Nun wurde Frau Schlabach sehr unruhig und sagte, es handle sich um einen Brief des Russen. Sie würde alles hingeben, was sie hätte, wenn sie den Brief dafür haben könnte, Tod und Leben eines Mannes ständen dabei auf dem Spiel. Ich sagte Frau Schlabach auf den Kopf zu, daß sie alles wisse und an den Attentaten beteiligt sei. Frau Schlabach erwiderte: Die Attentate rühren von keinem hiesigen her.

Frau Schlabach erklärt, daß sein Wort von der Aussage der Zeugin wahr sei.

Verteidiger, Rechtsanwalt Luhr: In der Voruntersuchung hat die Zeugin viel weniger gemerkt. Da hat sie auch gesagt, Frau Schlabach sei eine schlechte, zu allem fähige Person.

Der Untersuchungsrichter befragt die Zeugin, ob sie gesagt, Frau Schlabach sei noch viel schlechter als ihr Mann.

Der Briefträger Thymien sagt aus, daß Marie Wendel im Mai zu verschiedenen Malen Briefe erhalten und ihn stets vor ihrem Hause erwartet habe.

Damit sind die Vernehmungen über die Schlabach'sche Angelegenheit für heute beendet.

Die Verhandlung wendet sich nunmehr einem dritten, noch wichtigerem Punkte zu, der das Verhältnis des russischen Spion zur russischen Botschaft in Paris betrifft. Der wichtigste Zeuge hierüber ist der Kaufmann Walter Rufas aus Brüssel. Er sagt folgendes aus:

Der Angeklagte Arnold ist mein intimer Freund. Durch ihn lernte ich den Russen kennen. Ich glaube, durch diese Bekanntschaft in Beziehung zu einflussreichen Persönlichkeiten zu kommen und Geschäftsverbindungen anknüpfen zu können. Ich ließ ihm deshalb auch bereitwillig Geld und verkaufte ihm Champagner. Bedenklich wurde mir die Sache erst, als ich auf der Brüsseler Börse von der kleinen Proberexplosion hörte, die der Baron im Tis'schen Restaurant veranstaltet hatte.

Staatsanwalt: Haben Sie denn bloß von dieser Explosion gehört?

Zeuge: Nein, auch von dem Dynamitattentat an der Kirche St. Jacques. Nun wurde ich sehr ängstlich. Ich hielt es in meinem und meines Freundes Interesse für gut, den Aufenthaltsort des Russen, den wir kannten, zu verschweigen. Arnold hatte den Koffer des Russen in seiner Wohnung in Verwahrung. Er reiste mehrere Male nach Maasricht, wo sich der Russe aufhielt, um ihn zu veranlassen, uns unser Geld zurückzugeben. Ich schrieb Arnold, er solle sich nur in acht nehmen; der Russe werde sich schließlich doch noch von der Polizei fangen lassen. Arnold gab auch zu, daß ihn diese Reisen kompromittierten. Mein Freund hatte außerdem seine zwei Taschenuhren auf den Namen des Russen verpfändet. Ich gab ihm Geld, damit er sie einlösen konnte. Schließlich wandte ich mich an die russische Gesandtschaft in Paris und erkundigte mich dort nach dem Herrn Léonard, der den Baron regelmäßig Geld geschickt hatte. Ich erhielt aber immer zur Antwort, ein Herr Léonard sei dort ganz unbekannt. Ein Brief aber, den ich an Herrn Léonard nach der russischen Botschaft richtete, kam nicht zurück. Der Adressat muß ihn also erhalten haben, denn ich hatte mich als Absender hinten auf dem Kouverte genannt. Als dieser Brief unbeantwortet blieb, bat ich einen Freund in Paris, einmal persönlich Erkundigungen über Herrn Léonard einzuziehen. Er begab sich nach der Rue de Grenelle 79, und der Concierge sagte ihm, ein Herr Léonard existiere hier. Zu Gesicht bekam mein Freund ihn aber nicht und ich habe mein Geld nicht zurückbekommen.

Der Zeuge erwähnt noch, daß Arnold ihm erzählt habe, er habe in Maasricht einen Deutschen gesehen, den der Russe als Urheber des Attentats an der St. Jacqueskirche bezeichnet habe. Damit ist seine Vernehmung beendet.

Zur Sprache kommen hierauf die anarchistischen Manifeste, die am 7. und 18. Mai in Brüssel verbreitet worden sind. Sie trugen am Kopfe die Worte: Die belgischen Anarchisten-Gruppen und als Unterschrift: Das Exekutiv-Komitee. Der Sekretär Ernst Sternberg. Dies Manifest bedroht die Verräter mit dem Tode und stellt Repressalien für die Hausdurchsuchungen in Aussicht.

Nach Ansicht des Untersuchungsrichters Philippart soll dies Manifest in der Bliegen'schen Druckerei in Maasricht hergestellt worden sein. Bliegen hat dies aber entschieden in Abrede gestellt. Der Untersuchungsrichter giebt zu, daß Bliegen aus äußerer Überraschung gewesen sei, als der Brief des Russen bei ihm gefunden wurde. Der Verdacht, die Manifeste gedruckt zu haben, richtet sich übrigens auch gegen Cornelissen in Amsterdam.

Eine lange Reihe von Zeugen werden über die Verbreitung dieser Manifeste in Lüttich vernommen. Einige von ihnen belasten den Angeklagten Bach als den Empfänger des Druckschriften-Paketes.

Den Schluß der Sitzung fällt eine Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und einem Schreibsachverständigen aus, der aus den Schriftstücken auf einer bei Leblanc gefundenen Karte die Handschrift des Russen herauskennen will. In der Karte wird Leblanc genannt, am Abend drei Cafés zu besuchen, weil dort Explosionen erfolgen würden. Leblanc behauptet, die Karte sei ein schlechter Scherz eines Freundes. Der Schreibsachverständige bleibt bei seiner Behauptung stehen.

Schluß 7 Uhr.

Lüttich, den 26. Januar.

Aus der gestrigen Sitzung ist nachzutragen, daß sich in dem bei Bliegen vorgefundenen Briefe, den der Russe aller Wahrscheinlichkeit nach bei seinem Besuche eingeschmuggelt hat, auch das übliche von Spionen mit Vorliebe weiter verbreitete Rezept für die Fabrication von Dynamitbomben befindet.

In der heutigen Sitzung unternahm zunächst der Staatsanwalt Delwaide den schütternen Versuch, die russische Regierung weiß zu waschen. Er machte hauptsächlich geltend, daß eine Nacht wie Rußland, ihre Agenten im Auslande doch nicht

so unregelmäßig bezahle". Die Beweisnahme habe aber ergeben, daß Jagolkowski sehr unregelmäßig Geld erhielt. Vielleicht habe der Russe sogar die Adressen seiner Geldsendungen aus Paris selber geschrieben und sie in Paris aufgeben lassen, um die russische Regierung zu kompromittieren.

Zwei solcher Adressen sind vorhanden. Sie werden dem Schreibsachverständigen Van de Kastele vorgelegt. Dieser glaubt, in den Schriftstücken einer dieser Adressen die Handschrift des Russen zu erkennen.

Derselbe Sachverständige wird über die Adressen der Briefe vernommen, in denen die anarchistischen Manifeste an den Bürgermeister und andere Stadthäupter versendet waren. Er behauptet, daß der Holländer Cornelissen sie geschrieben habe. — Das wird auch von einem zweiten Sachverständigen behauptet.

Als dritter Sachverständiger wird der Chemiker Joorissen vernommen. Der Angeklagte Müller hatte behauptet, daß die eine Bombe in der Wohnung seines Mitangeklagten Westlamp fabriziert worden wäre. Hierbei sei eine fettige Substanz übergelaufen und habe auf der Diele des Zimmers Flecke zurückgelassen. Die Flecke sind in der That vorgefunden worden. Die Diele wurde ausgehoben und die Flecke chemisch untersucht. Es sind aber, wie der Sachverständige mitteilt, nur einfache Oelflecke, die bei der Fabrication von Dynamit nicht entstanden sein können.

Vorsitzender: Was sagen Sie dazu, Müller?

Angekl. Müller: Ich halte alles aufrecht, was ich gesagt habe. Der Fleck ist entstanden, als Westlamp eine Punte präparierte.

Angekl. Westlamp: Müller lügt wieder einmal. Er scheint noch nicht genug gelogen zu haben.

Einer der Verteidiger theilt mit, daß er sich gestern Abend nach dem Ort in der Nähe der St. Jacques-Kirche begeben habe, wo eine Zeugin beim Schein einer Gaslaterne unmittelbar nach dem Attentat den Angeklagten Berg erkannt haben will. Er habe sich durch eine Probe überzeugt, daß ein solches Erkennen unmöglich sei.

Staatsanwalt Delwaide: Ich bin gestern Abend auch dorthin gegangen, habe auch einen Versuch angestellt und bin im Gegensatz zu dem Herrn Verteidiger zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein solches Erkennen sehr wohl möglich sei.

Vorsitzender: Nach meiner Ansicht haben beide Herren sich einen recht überflüssigen Weg gemacht.

Nach diesem Zwischenfall wird eine große Anzahl Entlassungszeugen für Arnold und Leblanc verhört. Ihre Vernehmung fällt die ganze Vormittags-Sitzung aus. Es sind Jugendbekannte, Lehrer, Geschäftsfreunde dieser beiden Angeklagten oder Stammgäste des Tis'schen Restaurants, wo der Russe wohnte und wo Arnold und Leblanc verkehrten. Sie geben beiden das beste Lemmungszeugnis. Leblanc wird übereinstimmend als „guter Kerl“ geschildert. Anarchistische Ideen hat niemand ihm gezeugt oder bei ihm kennen gelernt. Er und Arnold gelten bei ihren Bekannten als „friedliche, ordnungsliebende Bürger“. Lobend wird hervorgehoben, daß Arnold's Woffenfabrik auf der Provinzialausstellung im Jahre 1889 die goldene Medaille errungen habe. Arnold habe die Arbeiter seiner Fabrik immer vor den Sozialdemokraten gewarnt. Die Anarchisten müßten alle eingesperrt werden, soll er gelegentlich gesagt haben.

Von dem Russen wissen die Zeugen nicht viel Neues zu erzählen. Sie haben ihn und seine anarchistischen Brandreden im Tis'schen Restaurant nicht ganz ernst genommen. Sie hielten ihn für einen harmlosen „Amateur-Anarchisten“. Erst die Probe-Explosion bei Tis kam ihnen bedenklich vor. Der Russe vermerkte hierzu eine Zündkapfel von der Länge eines kleinen Fingers, die die Gestalt einer Revolverpatrone hatte. Eine kleine Zündschnur hing heraus. Der Russe zündete sie an, die Kapfel explodirte mit ziemlichem Geräusch und schlug ein Loch. — Verschiedenen Zeugen hat der Russe erzählt, daß seine Verwandten sich in sehr einflussreichen Stellen befänden.

Die Mittagspause unterbricht die Vernehmungen.

In der Nachmittag-Sitzung wird das Verhör der Entlassungszeugen Leblanc's und Arnold's fortgesetzt. Fast 50 Zeugen werden vernommen, aber nur die Aussage eines unter ihnen ist von Bedeutung. Es ist die des Studenten Nozjelowski, eines Polen, der in Lüttich studirt. Er sagt etwa folgendes:

Leblanc und Arnold kenne ich seit langem. Ich habe sie nie für Anarchisten gehalten. Ich warnte sie vor dem Baron. Bei allen hier studirenden polnischen und russischen Studenten galt Sternberg als russischer agent provocateur. Mit den Polen sprach er gern von der Nothwendigkeit einer polnischen Revolution. Er stellte seine Kräfte zur Verfügung. Anarchisten und Polen müßten zusammenmarschieren, meinte er. Auch rühmte er sich seiner Beziehungen zu den polnischen Emigranten in Paris. Er sprach von großen polnischen Familien, als kenne er sie genau — die beiden Briefe, die Leblanc von ihm erhalten hat und in denen er seine Schulden zu bezahlen verspricht, habe ich gelesen. Er sagt darin, er habe sich mit seinem Vater überworfen. Aber sein Schwager de Léonard, Attaché bei der russischen Botschaft zu Paris, habe ihm eine Pension von 500 Frank ausgezahlt. Daß der Russe Dynamitattentate veranstalten würde, erwarteten wir nicht von ihm. Er hielt zwar fortwährend anarchistische Reden, aber wir dachten, er arbeite bloß mit dem Munde. Noch nach dem Attentat an der St. Jacqueskirche meinte Leblanc zu mir, es sei doch nicht anzunehmen, daß der Russe der Thäter gewesen sei; er wolle aber nachforschen, wer dahinter stehe. Wir hatten uns getäuscht: Der Russe war zu allem fähig.

Der Zeuge wird noch als Sachverständiger über die russische Unterschrift unter der geheimnißvollen Karte gehört, die bei Leblanc gefunden worden ist und ihn warnt, drei Cafés zu besuchen, da dort Dynamitattentate vor sich gehen würden. Er sagt aus, daß die Buchstaben „Wilqu“ hießen; im Russischen gebe es kein Wort dieser Art.

Vorsitzender: Angeklagter Wille, sind Sie an dieser Karte theilhaftig?

Angeklagter Wille: Ich heiße Wille und nicht Wil. Ich weiß nichts von dieser Karte.

Die Verteidigung hat einen Schreibsachverständigen Rinot aus Brüssel kommen lassen. Ihm wird die Karte vorgelegt. Er beweist ebenso haarfährig, wie seine Kollegen gestern das Gegentheil bewiesen haben, daß die Karte nicht vom Russen geschrieben sein kann.

Die Vernehmung dieses Sachverständigen nimmt fast zwei Stunden in Anspruch. Dann endet die Sitzung.

Wie der Vorsitzende annimmt, werden die Zeugenvernehmungen am Dienstag beendet sein.

Bliegen veröffentlicht im „Expres“, dem progressiv-sozialistischen Organ Lüttichs, einen offenen Brief, in dem er folgendes erklärt: „Ich habe mich nicht gestellt, weil ich mich unmöglich drei Wochen lang in Lüttich ohne Arbeit und Verdienst aufhalten kann. Meine Familie müßte hungern. Soweit die Anklage mich betrifft, ist sie so einfältig, daß sie auch ohne meine Anwesenheit bei den Verhandlungen in sich zusammenbrechen muß.“

Lokales.

Die Kommission der Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter quittirt hiermit über den Empfang von 10 M. 95 Pf., welche bei dem Begräbnis des Brauers Schröder's gesammelt sind.

Der Geburtstag des deutschen Kaisers und Königs von Preußen ist am Sonntag von den meisten derer, die in unfreier unter dem Zeichen des „Umsturzes“ stehenden Zeit noch voll und ganz ihre Königstreue bewahrt haben, festlich begangen worden. Die große Zahl dieser Personen ist, läßt sich ja ungemein schwer bestimmen; aber geht man von der gewiß zutreffenden Voraussetzung aus, daß polizeilichereits am gestrigen Sonntag niemand etwas in den Weg gelegt war, seine patriotischen Gefühle so sichtbar wie möglich zum Ausdruck zu bringen, so muß konstatiert werden, daß nur ein recht unbedeutlicher Theil des Volkes von dieser, trotz der Sonntagsruhe von einer hohen Obrigkeit gewährten Freiheit Gebrauch gemacht hat. Den Stadt-gegenenden der Leipzigerstraße und Unter den Linden war recht viel schaulustiges Publikum zugeströmt, ganz wie es etwa am goldenen Sonntag geschieht. Von drangvoll fürchterlicher Enge war aber nicht entfernt zu reden; selbst zur Abendzeit, von der die Schaulust die meiste Befriedigung erhoffte, war die Friedrich- und Dorotheenstadt ganz leidlich zu passiren. Hier entfaltete sich denn auch der meiste Illuminationsglanz. Es versteht sich, daß jeder Hoflieferant am Kaiser's Geburtstag tief in den Beutel greift und das Auge der Behörden und des Publikums auf sein Geschäft zu lenken versucht. So entfalteten sich denn die meisten elektrischen Prachtleistungen in der Leipzigerstraße, der gegenüber die Linden, wie auch von bürgerlichen Wäthern konstatiert wird, verhältnismäßig trübe aus sahen. Außer der selbstverständlichen Illumination der Hoflieferanten drängt es uns, angesichts des unausgeseht betriebenen antisemitischen Verleumdungs- und Verhöhnungsstamms, die eine Thatsache zu konstatiren, daß es zum wesentlichen jüdische Geschäfte waren, die im hellleuchtenden Wettstreit ihre Kaisertrone öffentlich zu dokumentiren suchten. Wir nennen die Firmen Manheimer, Gerson, Emma Wette, Bud u. Sachmann, Grünfeld, Salbach, E. Cohn und last but not least die jüdischen Ranschgeschäfte Wertheim und Dubasch. Letztere waren auch so ziemlich die einzigen, die im weiten Norden und Osten gleich einem Pharus standhafter Loyalität aus der dunklen Brandung sozialdemokratischer Gefahr hervorleuchteten. Von Vergnügungs- und Restaurationslokalen leisteten nur sehr wenige bedeutendes in äußerlicher Illumination. Das Café National hatte an seinen sämtlichen Fenstern zur Feier des Tages Paraffinkerzen angezündet. Alsdann soll registriert werden, daß die Theater ihre Achtung durch das übliche „festlich beleuchtete Haus“ bekundeten. Nur zwei vorgebliche Opernhäuser Thaliens, nämlich das Adolph-Grün-Theater und das Residenztheater thaten sich außerordentlich hervor und gaben dem Tag durch einen Festprolog die höhere Weisheit. In beiden Häusern werden bekanntlich zur Zeit Stücke gespielt, von denen jeder auf häusliche Gestirnung haltende Familienvater seine erwachsenen Töchter fernhält.

Das ist so ziemlich alles, was sich des Aufsehens lohnt. Von den Geschenken und Ordensverleihungen, die der Kaiser zur Feier seines Geburtstages gestiftet hat, konnten wir bekanntlich bereits am Sonntag Morgen, bevor die Extraausgabe des „Reichs-Anzeigers“ erschienen war, im wesentlichen dem Publikum Kenntniß geben. Wie wir gleich vermutheten, hat sich die Nachricht von einer Amnestie nicht bestätigt, dagegen ist kurz nachzutragen, daß der Kaiser für Männerergänzungsvereine, welche den vaterländischen Gesang pflegen, einen Wanderpreis gestiftet hat, der in Form eines Kleinods aus edlem Metall hergestellt, um den Hals getragen werden soll. Desgleichen hat der Kaiser anlässlich seiner Geburtstagsfeier dem Minister der geistlichen Angelegenheiten eine Silberne altgothische Krone zugehen lassen, die zur Hebung des Rudersports gestiftet ist. Die Großbourgeoisie hat den Tag zum wesentlichen durch opulente Festivitäten gefeiert. Im Norden, Osten und Süden der Stadt war es ruhig, wie an sonstigen Sonntagen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft feiert ihre Feste bekanntlich an anderen Tagen.

Ein großes Gethue macht sich in einem Theil der Presse breit, weil der „Vorwärts“ sich unter besonderen Umständen am Sonntag dazu verstanden hat, von den zur Feier des Tages vom Kaiser gestifteten Geschenken etc. zu berichten.

Allgemeines Bestreben erregte es, so schreibt das „Kleine Journal“, daß der „Vorwärts“, wie aus seiner gestern erschienenen Nummer hervorgeht, bereits genaue Kenntniß von dem Inhalt dieser Extra-Ausgabe hatte, bevor sie erschienen war.

Etwas ruhiger nimmt die „Berliner Abendpost“ die Sache hin, indem sie schreibt:

Die Geburtstagserrasse des Kaisers sind durch eine Extra-Ausgabe des „Reichs-Anzeigers“ veröffentlicht worden, gleichzeitig aber auch durch — das hiesige sozialdemokratische Parteiorgan. In seiner Sonntag-Morgennummer, die noch vor dem Extrablatt des amtlichen Organs ausgegeben wurde, konnte der „Vorwärts“ bereits den Inhalt der kaiserlichen Errasse genau mittheilen. Nur eine Angabe des sozialdemokratischen Blattes hat sich nicht bewahrt, daß nämlich auch eine Amnestie beabsichtigt sei. Allerdings hatte das Blatt selbst unter Hinweis auf die „Kera der Umsturzs-Paragraphe“ Zweifel an der Richtigkeit dieser Angabe ausgesprochen.

Ganz aus dem Häuschen ist das christliche „Volk“. Wenigstens lassen die nachstehend wiedergegebenen Worte darauf schließen, daß dem frommen Blatt fast die ganze Freude an der kaiserlichen Noblesse durch den doch nicht außergewöhnlichen Umstand verdorben ist, daß wir wieder einmal in der Lage waren, amtliche Mittheilungen früher der Öffentlichkeit zu übergeben; als dies vielleicht an offizieller Stelle erwünscht sein mochte. Das „Volk“ läßt sich über diese leidige Thatsache mit folgender Festigkeit aus:

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ war gestern früh gleichzeitig mit dem „Reichs-Anzeiger“ in der Lage, das wichtigste aus den Errassen des Kaisers wiedergeben. Wird es nicht endlich gelingen, eine Untersuchung gegen die allmählig zur Gewohnheit ausartenden Vertrauensverletzungen von Beamten, die solche Dinge der sozialdemokratischen Presse vorzutragen, so nachdrücklich zu fordern, daß dabei etwas herauskommt?

Wir glauben kaum, daß die Frage des „Volk“ sich in der heutigen Zeit allgemeinen Mißvergnügens allsobald bejahend beantworten läßt. Möge auch dies Blatt daher lernen, das Unvermeidliche mit zu Würde tragen.

Eine polizeilich erlaubte Verletzung der Sonntagsruhe haben die kaiserliche Gnadenbeweise im Gefolge gehabt. Das hiesige „Intelligenzblatt“ hatte, trotzdem der „Vorwärts“ bereits am frühen Morgen für allgemeine Verbreitung der betreffenden Nachrichten gesorgt hatte, es nämlich für „wichtig“ befunden, Herrn v. Köller um die Erlaubnis zu bitten, ein Extrablatt über die Sache verbreiten zu dürfen. Diese Erlaubnis ist dem Blatt freudwillig erteilt worden.

Die Wahl eines Bürgerdeputierten in die Schuldeputation, die am Donnerstag von der Stadtverordneten-Versammlung vorgenommen werden soll, giebt einigen „freisinnigen“ Blättern schon jetzt Anlaß, über den Mangel an „Freisinn“ zu klagen, den die Majorität der Versammlung dabei wieder beweisen werde. Es handelt sich darum, ob diesmal endlich ein Lehrer gewählt werden soll oder nicht. Der „Berliner Lehrerverein“ habe vor einiger Zeit in einer Petition diese Bitte ausgesprochen, und die Stadtverordneten-Versammlung hatte im Prinzip zugestimmt, jedoch erklärt, daß sie sich für den Einzelfall die jedesmalige Entscheidung vorbehalten. Für die bevorstehende Wahl hat der Verein, auf jene prinzipielle Zustimmung vertrauensvoll, einen Kandidaten aus seiner Mitte vorgeschlagen, — nebensächlich: seinen bisherigen Vorsitzenden, den Lehrer Gassen, unter dessen Führung der Verein beinahe 1 1/2 Jahrzehnte geläufig hat, bis es ihm gelang, den städtischen Behörden eine leidliche Besserung der Lage der Berliner Gemeindeschullehrer abzurufen. Dieser Vorschlag soll nun aber, wie mitgeteilt wird, im roten Hause sehr „ungnädig“ aufgenommen worden sein. Es sollen auch schon bei den Vorberatungen „sonst ganz liberale Männer“ sich sehr darüber entrüstet haben, daß die Lehrer so dreist seien, um die Wahl eines Lehrers zu bitten. Nun beweist die Stellung, die einer zu der Frage einnimmt, ob der Vorschlagens zu wählen ist oder nicht, an sich nichts für oder gegen eine freisinnige Anschauung. Aber die Feindseligkeit der „sonst ganz liberalen Männer“ richtet sich gegen die Lehrerschaft überhaupt, und das beweist allerdings etwas für die Art von „Freisinn“, der diese Herren besetzt. Dürfte man den Versicherungen des Magistrats und gewisser Stadtverordneten glauben, so wären die Volksschullehrer ihre ganz besonderen Lieblinge und Schützlinge. Aber die Lehrer selber wissen am besten, daß sie das nicht sind und nie gewesen sind. Sie können es auch gar nicht sein, weil die Volksschule bis auf den heutigen Tag, trotz aller schönen Redensarten, das Stiefkind der städtischen Verwaltung geblieben ist. Lehrer wie Schullehrer haben in gleicher Weise darunter zu leiden, daß der Volksschule auch in Berlin noch ein geringes Maß von Fürsorge und Achtung entgegengebracht wird. Die Geringfügigkeit, mit der nicht bloß konservative, sondern auch „freisinnige“ Kreise auf die Volksschullehrer herabsehen, tritt in der Entrüstung über den erwähnten Vorschlag des „Berliner Lehrervereins“ wieder einmal sehr deutlich zu Tage. Leider muß man annehmen, daß jene „freisinnigen“ Blätter, die ihre Leute selber am besten kennen werden, mit ihren Mittheilungen und den daran geknüpften Versicherungen Recht haben werden. Die Vertretung der Lehrerschaft in der Schuldeputation wird als eine alte liberale Forderung bezeichnet. Diese Forderung aus Entrüstung über die „Dreißigkeit“ der Berliner Gemeindeschullehrer zu vergessen, kann dem in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung herrschenden „Freisinn“ um so weniger schwer fallen, als es überhaupt eine alte Taktik des „Freisinn“ ist, Forderungen aufzustellen, wo er in der Minderheit ist, um sie da, wo er die Mehrheit hat, schände preiszugeben. Und jedesmal, wenn der „Freisinn“ ein neues Prädikat dieser Taktik bietet, dann sammeln gewisse Blätter aufs neue darüber, daß Männer, die „sonst ganz liberal“ sind, so etwas fertig bekommen.

Auch ein Nothstand. Daß es in Berlin einen Nothstand giebt, werden auch die hartgesottensten Nothstandsleugner anerkennen müssen, wenn sie einen Blick in die neueste Statistik der preussischen Einkommensteuer-Veranlagung, wie sie dem Landtage unterbreitet worden ist, werfen. Allerdings werden sie auch durch die Durchsicht dieser mit heiligem Eifer aufgestellten Steuerstatistik schwerlich zu der Einsicht kommen, daß unter der arbeitenden Bevölkerung ein Nothstand existirt. Sie werden nach wie vor bei ihrer Ansicht beharren, daß die heutige Nothe und daher unantastbare, vor jeglichen Umsturzesgefahren mit allen Mitteln zu schützende Staats- und Gesellschaftsordnung den Arbeitern ein, wenn auch bescheidenes, Auskommen garantirt, indem jeder, der arbeiten wolle, auch Arbeit und somit Verdienst finde, und daß es nur Sozialdemokraten, die nicht arbeiten wollen, seien, die darüber hinausgehende maßlose Ansprüche erheben, eine künstliche Unzufriedenheit hervorzurufen und die zufriedenen Arbeiter verheizen. Wenn daher nach ihrer Ansicht unter der arbeitenden Bevölkerung kein althergebrachter Nothstand existirt, nicht bestehen kann, so werden sie gewiß mit Schrecken gewahr werden, daß in ihren eigenen Reihen ein Nothstand auszubrechen beginnt, der sich durch eine bemerkbare Verschlechterung der Einkommensverhältnisse, ja sogar durch eine verhältnismäßig nicht unbedeutliche Abnahme der Millionen im allgemeinen und der Berliner Millionäre im besonderen kenntlich macht. Der reichste Berliner mit einem geschätzten jährlichen Einkommen von 2410000 M. und einer Steueranlagung von 98000 M. hat sich zwar noch zu behaupten vermocht, dagegen ist die Zahl der Armen, die aber mehr als eine Million Mark jährliches Einkommen verfügen, von acht im Vorjahre auf sechs im kommenden Steuerjahre gesunken. Noch deutlicher wird den Nothstandsleugnern der Armen der Nothstand der Reichen in drohender Gestalt vor Augen geführt durch die Abnahme der sogenannten Thaler-Millionäre, für welchen „Charakter“ ein jährliches Einkommen von 120 000 M. erforderlich ist. Die Zahl dieser „Stützen der Gesellschaft“ beträgt im neuen Steuerjahre nur 328. Diese edle Kunst hat mithin 25 Mitglieder gegen das Vorjahr aus ihren Reihen verloren. Doch dies nicht allein — auch innerhalb dieser seltenen Menschenspezies haben bedeutliche Verschiebungen stattgefunden. Während im Vorjahre 85 Thaler-Millionäre vorhanden waren, welche ein jährliches Einkommen von 500 000 M. bis zu einer Million Mark aufzuweisen hatten, sind deren im neuen Steuerjahre nur 29 zu verzeichnen und 290 gegen 311 im Vorjahre, mit einem jährlichen Einkommen von 500 000 M. bis herunter zu 120 000 M., wo wie gesagt der Thaler-Millionär anfängt und der Mark-Millionär aufhört. Wenn man ferner berücksichtigt, daß die Thaler-Millionäre im preussischen Staate im neuen Steuerjahre um 46 Exemplare abgenommen haben und nur noch 1115 davon vorhanden sind, so ist zweifellos der Nothstand der „oberen Zehntausend“ den Nothstandsleugnern des Volkes“ offenbar. Aber wie jene kein Verständnis für den Nothstand der Armen, so dürften diese kein Verständnis für den Nothstand der Reichen haben und in der Verschlebung der Einkommensverhältnisse dieser nur einen weiteren Fortschritt der Konzentration des Besitzes in immer weniger Hände erblicken, welche den naturnothwendigen Zusammenbruch der heutigen Gesellschaftsordnung bedingt.

Die drohende Tabak-Fabrikationsteuer. Wir werden um Bekannngabe folgender Mittheilungen ersucht: „Vor einiger Zeit hat der Verein deutscher Tabakfabrikanten und Händler an alle Tabakinteressenten in Deutschland eine Petition an den Reichstag verfaßt, in welcher derselbe um Ablehnung der Vorlage, betreffend die Tabak-Fabrikationsteuer, ersucht wird. Diese Petition, welche nur von Personen, die im Tabakgewerbe beschäftigt sind, unterzeichnet wird, soll in der nächsten Zeit übergeben werden, und werden daher alle diejenigen, welche die mit Unterschriften versehenen Petition noch nicht an den Geschäftsführer des genannten Vereins, Herrn Dr. G. Perwinstein, Berlin W., Lühov-Ufer 11, zurückgesandt haben, gebeten, dies recht bald zu thun. Wenn die Petition, wie zu hoffen ist, ein vollständiges Bild der großen Zahl von Personen giebt, deren Existenz durch die Mehrbelastung des Tabaks bedroht ist, wird auch die erstrebte Wirkung nicht ausbleiben.“

Ein eigenartiger Bierkrieg ist in Rummelsburg zwischen Kommunal- und Regierungsbehörden ausgefochten worden. In unserem Nachbarorte war die Biersteuer mit 10 gegen 7 Stimmen abgelehnt worden. Der Landrath hat jedoch diesen Beschluß beanstandet: Die Behörde könne der Auffassung nicht zustimmen, daß der Gastwirthschaft besonders hart besteuert sei. Gerade die Biersteuer sei von der Regierung als ein vorzügliches Mittel

angesehen worden, um Steuerhärten zu vermeiden. Uebrigens würden in den meisten Fällen die Brauereien die Steuer zu tragen haben. Die Gemeindevertretung müßte sich daher nochmals mit der Sache befassen. In der letzten Sitzung stimmten von den Gemeindevertretern 8 für und 8 gegen die Biersteuer; der Gemeindevorsteher gab jedoch zu ihren Gunsten den Ausschlag.

Und diese Steuer kommt über die Rummelsburger Gastwirthe trotz ihrer durchweg königs-treuen und sozialistenfeindlichen Haltung. Es ist ein Jammer!

Ein recht rabiatos Defekt gegen die neuen Umsturzparagrafen hat sich die alte, brave „Kreuz-Zeitung“ in ihrer bekannten Kaiser-treue und Sozialistenfeindschaft zu Schulden kommen lassen. Sie erhebt nämlich die Stimme zu einem Kaiser-Geburts-tagsfang, in dem die folgenden lieblichen Herzenswünsche Ausdruck finden:

Den Drachen, der das Land verbeert,
Will ich fallen Deines Herrschers Hand —
Der Kaiser hebt zum Kampf das Schwert,
Bei Gott ein Kampf für's Vaterland!

Aus Preußens Krönungsstadt rief er
Sein Volk, daß es sich um ihn scharr,
Zum Kampf sich hält in Stahl und Wehr —
Die Fänge hebt der Kaiser-Kar!

Was macht's bei solchem Ziel wohl aus,
Der Katholik, der Protestant —
Die Reiben schließt, die Schwert er raus:
Sie Kaiser und das Vaterland!

Herr Gott, leh' Du dem Kaiser bei —
Der Weg zur Drachentlust ist steil!
Gieb, daß sein Volk stets um ihn sei —
Und Dir, Herr Kaiser, Glück und Heil!

Wir sind in manchen Dingen ganz gutmüthige Leute, und wünschen der „Kreuz-Zeitung“, daß sie auch unter der Umsturz-ära nicht wegen dieser Anreizung vom Staatsanwalt gepackt werden möge. Aber wie die Dinge in der rauhen Wirklichkeit einmal liegen, dürfte auch ihr Wunsch von wegen der Besiegung des „Drachen“ ein sehr frommer bleiben. Bildung ist der „Drache“ Sozialismus befeindlich immer aus jedem Kampf kräftiger und selbstbewußter hervorgegangen — wie sollte es diesmal anders sein?

Maß- und Gewichtsdressionen in Berlin 1894. Im Laufe des Jahres 1894 sind in Berlin von den 96 Polizeirevierern die Maße und Gewichte bei 22 478 Gewerbetreibenden revidirt und dabei 753 Gegenstände beanstandet und 557 Uebertretungen festgestellt worden. Von den Beamten des Kommissariats für Markt- und Gewerbe-Angelegenheiten haben in der Zeit vom 3. April bis 20. Dezember 1894 zwei Kommissionen unter Zugiehung von Richtungsbeamten 18 848 Verkaufsstellen einer technischen Revision unterzogen und dabei 4679 beanstandete Meßwerkzeuge konfiszirt und 1010 Strafanzeigen wegen Uebertretungen der Maß- und Gewichtsordnung erstattet. Außerdem sind von den Beamten der Marktpolizei auf Jahrmärkten, dem Weich-nachmarkt und in den 14 Markthallen, sowie durch die Schank-Revisionskommissionen in den Schanklokalen bei verschiedenen Revisionen 65 Meßwerkzeuge beanstandet und 46 Strafanzeigen wegen Uebertretungen der Maß- und Gewichtsordnung erstattet. Im ganzen sind im Laufe des Jahres 1894 mit Beschlag belegt und konfiszirt worden 117 Waagen, 4678 Gewichte, 430 Hohl-maße, 83 Längenmaße, 221 Meßwerkzeuge mit bereits laffirtem Stempel, zusammen 5497 Meßwerkzeuge. Hier von waren gleich, aber unrichtig 64 Waagen, 8693 Gewichte, 80 Hohl- und 17 Längenmaße; ungeachtet 58 Waagen, 983 Gewichte, 350 Hohl- und 36 Längenmaße; mit bereits laffirtem Stempel versehen 221 Meßwerkzeuge. Die Straffestellungen bewegten sich zwischen einer und dreißig Mark.

Nummelanten. Eine verhältnismäßig große Zahl von Studierenden, nämlich 160, ist diesmal wegen Nichtannahme von Vorlesungen in den Büchern der hiesigen Universität gestrichelt worden. 17 von den „Gestrichelten“ sind Doktoren und 69 Ausländer, die wahrscheinlich nicht mehr in Berlin sich aufhalten und auf eine ordnungsmäßige Abmeldung und Ermatrikulation verzichtet haben.

In der letzten Sitzung der Rixdorfer Gemeindevertretung brachte Genosse Schenk die zur Zeit herrschende große Arbeitslosigkeit zur Sprache und empfahl die Inangriffnahme von Gemeindegewerken. Gemeindevorsteher Boddin gab unserem Genossen darin recht, daß die Arbeitsnoth eine große sei und habe er daher bereits gesucht, soweit wie möglich Rixdorfer Arbeiter in dem Gemeindegewerbe zu beschäftigen. So habe man die Straßenreinigungsalonne bedeutend vergrößert, wie auch an der Gemeinde-Kasernen (Neubau) flott gearbeitet werde. Erdarbeiten und Verlegung von Röhren könnten leider zur Zeit nicht in Angriff genommen werden. Auf Anregung des Genossen Müller erklärte sich aber der Gemeindevorsteher bereit, bei der Eisenbahnverwaltung dahin zu wirken, daß bei dem Bahnhofs-umbau und dem Bau der Johannisthaler Bahn in erster Linie Rixdorfer Arbeiter beschäftigt werden, was bisher leider nicht der Fall gewesen sei. Die Gemeinde hat sich bereit erklärt, die Verlegung der Bergstraße, welche durch den Bahnhofs-umbau bedingt wird, gegen eine vom Eisenbahn-Bau zu zahlende Pauschalsumme selber auszuführen. Der dahingehende Vertrag dürfte in den nächsten Tagen zu Stande kommen.

Zwei bebauungsfähige Verbindungsstraßen nach Treptow will die Gemeinde Rixdorf in diesem Jahre anlegen. Es ist dem Gemeindevorsteher gelungen, die Adjazenten zur Tragung sämtlicher Kosten, die für beide Straßen auf rund eine halbe Million Mark veranschlagt sind, zu bewegen. Nur der Berliner Magistrat und die reiche Petri-Kirchengemeinde haben sich, obwohl ihre Terrains durch Anlage der Straßen im Werthe ganz enorm steigen werden, von jeder Beitragsleistung ausgeschlossen, doch hofft die Gemeinde Rixdorf die in Folge dessen fehlenden 60 000 M. vom Kreise Teltow zu erhalten. Mit den Arbeiten soll im Frühjahr begonnen werden.

Ueber eine sehr romanhaft klingende Affäre wird uns das folgende berichtet: Nächtlich über Rätzfel horten sich einem Droschkenfahrer, der dieser Tage an einem Nachmittage von einer jungen Dame in der Friedrichstraße zu einer Fahrt gebunden wurde. Zunächst erhielt er die Anweisung, nach einer Waffenhändler zu fahren, aus der die Auftraggeberin bald zurückkehrte. Der Kutscher mußte sie nun nach einem bestimmten Hause in der S.-Straße zu Halensee fahren. Als die Droschke am Bestimmungsorte hielt, knallten aus dem Innern heraus zwei Schüsse. Der Wagenführer sprang hinzu und fand, daß das junge Mädchen mit geschlossenen Augen dalag, während die Kleidung in der Hergegend zwei Löcher zeigte, die von den eingedrungenen Geschossen herrührten. Als bald erschien auch ein Herr aus der Villa, vor der die Droschke hielt; er gab auf die Frage des Kutschers, ob er die Dame kenne, eine verneinende Antwort. Als das junge Mädchen diese Worte hörte, schlug es die Augen auf und rief dem Kutscher zu: „Fahren Sie mich nach Berlin zurück.“ Während die Fahrt durch die Schillerstraße in Charlottenburg ging, erhielt der Kutscher die plötzliche Befehle, die Dame aussteigen zu lassen, da sie in der Droschke doch nicht sterben würde. Hier verschwand sie, Waffe und Patronen in dem Wagen zurücklassend. Diese gab der Kutscher bei der Polizei ab. In der Dame wird eine Lehrerin Johanna S. aus der Steglitzerstraße vermutet. Es dürfte sich um einen Liebesroman handeln.

Vom Elend. Erkrone ist am Sonntag ein unbekannter etwa 50 Jahre alter Mann. Als ein Bewohner des Hauses,

Selbststraße 30, um die Mittagzeit auf dem Hofe einen abgelegenen Raum betrat, fand er dort die Leiche eines dürftig gekleideten Mannes mit einem graugemischten Vollbart. Der Unbekannte hat wahrscheinlich um die frühe Morgenstunde das Haus kurz nach dem Dessinen zum Schutz gegen die Kälte betreten, ist an dem Orte, wo er todt gefunden wurde, eingeschlafen und erstorben.

Ein Selbstmordversuch auf offener Straße erregte am Sonnabend Abend in der Gegend des Oranienburger Thores großes Aufsehen. Eine ärmlich gekleidete Frau ging gegen 9 Uhr vor dem Hause Hannoverstraße 5 anscheinend in großer Erregung auf und ab. Plötzlich riß sie sich die Kleider vom Leibe, holte aus der Tasche ein scharf geschliffenes Küchenmesser und schnitt sich, ehe es jemand verhindern konnte, die Pulsadern des rechten Oberarmes auf. Einem herbeigeeilten Schutzmann gab die Lebensmüde noch an, daß sie eine Frau W. geb. St. sei. Ueber die Beweggründe zur That hat sich bis jetzt nichts ermitteln lassen. Ebenjowenig konnte die Wohnung der W. festgestellt werden. Die Schwerverletzte wurde sofort nach der Charité geschafft und man hofft dort, sie am Leben zu erhalten.

Wegen fortgesetzter Unterschlagungen ist ein Fahrer M. von der Gesellschaft Louisenquelle festgenommen worden.

Im Sterben liegend wurde am Sonnabend Abend der 43 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Siebert aus der Rheinbergerstraße von einem Brauereiarbeiter in der Zehdenickerstraße aufgefunden. Auf dem Transport nach seiner Wohnung verstarb Siebert, ohne daß er vorher irgend eine Aufklärung geben konnte.

Wegen Münzverbrechen ist der Lustschiffer Hermann Alex verhaftet worden. Er hat Zwei- und Dreimarkstücke aus Zink in Gipsformen nachgegossen. Seine Mutter und ein Droschkenfahrer, die die Falschstücke vertrieben, sind gleichfalls festgenommen worden.

Von einem argen Mißgeschick ist am Sonnabend Abend der bejahrte Arbeiter Nicolai Zeuzius, Fruchtstr. 13, Aug. p., betroffen worden. Auf der Heimkehr von der Arbeitsstätte wollte er in der Wedding-Markthalle einen Einkauf machen. Als er sein Portemonnaie aus der Tasche ziehen wollte, wurde er gewahr, daß er dasselbe mit seiner gesammten, aus 18 M. bestehenden Baarhaft verloren hatte.

Polizeibericht. Am 26. d. M. nachmittags wurde in der Schlegelstraße ein acht Jahre altes Mädchen durch einen übermäßig schnell fahrenden, von einem angetrunkenen Kutscher geführten Geschäftswagen überfahren und schwer verletzt. — In der Swinemünderstraße wurde eine Frau in Folge eigener Unvorsichtigkeit durch einen Geschäftswagen überfahren. Sie erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels. — In Folge der Glätte fielen ein Arbeiter und ein Dienstmann auf der Straße hin und erlitten Verletzungen. — Abends wurde ein Arbeiter in seiner Wohnung, in der Chausseestraße, erhängt vorgefunden. — Auf dem Hofe des Grundstücks Hannoverstraße 5 wurde eine bemüthlose Frau mit einer Schnittwunde im rechten Arm vorgefunden und nach der Charité gebracht. — Am 27. d. M. vormittags fiel auf dem Oberliger Güterbahnhof ein Arbeiter infolge der Glätte hin und brach den Unterschenkel. — Auf dem Abort eines Hauses in der Siedelstraße wurde mittags ein Mann todt aufgefunden. Er hat dort anscheinend geschlachtet und ist erstorben. — In der Ecke der See- und Müllerstraße glitt nachmittags ein Schuhmann aus und erlitt beim Fallen einen Bruch des Handgelenks. — Abends stürzte ein Schuhmann unter den Stufen mit dem Pferde und erlitt eine Verstauchung des Fußes und eine Verletzung der Schulter. — In der Nacht zum 28. d. M. wurden ein Arbeiter in seiner Wohnung, in der Pallasienstraße, und ein Hausdiener auf dem Flur eines Hauses in der Georgenkirchstraße erhängt vorgefunden. — Am 26. und 27. d. M. fanden zehn kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 28. Januar 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) 5 u. 9 M.
Swinemünde	761	ONO	2	wolfig	-8
Hamburg	762	WSW	1	Nebel	-12
Berlin	761	NOO	1	bedeckt	-12
Wiesbaden	762	—	—	heiter	-12
München	758	W	4	wolfig	-11
Wien	759	WSW	2	bedeckt	-7
Saparanda	761	—	—	heiter	-30
Petersburg	762	NO	1	Nebel	-17
Cort.	768	NOO	3	heiter	0
Aberdin.	764	WS	4	wolfig	-4
Paris	762	S	1	wolkenlos	-12

Wetter-Prognose für Dienstag, 29. Januar 1895. Ruhiges vorwiegend nebeliges oder trübes, ein wenig gelinderes Wetter mit leichten Schneefällen. Berliner Wetterbureau.

Verhandlungen.

Der Verein deutscher Schuhmacher beschäftigte sich am 21. Januar mit dem Fall Krause. Dem Betreffenden wird zum Vorwurf gemacht, daß er die Interessen des Vereins geschädigt habe, weil er in der Fabrik von Simon & Co. in Stellung eines gemahregelten Kollegen eingetreten ist. Die Verhandlung beschließt, das Mitglied aus dem Verein auszuschließen.

Eine starkbesuchte öffentliche Verhandlung der Hausierer, Marktstrolcher, Straßenhändler und -Händlerinnen u., die sich mit der „Stellungnahme zu den von der Reichsregierung und der Zentrumsfraktion eingebrachten Gesetzentwürfen, Einschränkung des Hausir- und Wandergewerbes“, beschäftigte, tagte am 24. Januar im Saale des Herrn Gröndel, Brunnenstraße 188. Das Referat hatte Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt übernommen. Nach einer kurzen Einleitung, in der Redner die wirtschaftliche Stellung dieser Berufs-kategorie schilderte, wies er darauf hin, wie bereits in den letzten Jahren durch wiederholte Aenderungen der Gewerbe-Ordnung der Hausirhandel bedeutende Erschwerungen erlitten habe. Jetzt erwecke es den Anschein, als ob die Vorlage dem Hausirhandel den letzten Gnadenstoß geben wolle. Sodann kritizirt Redner die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes, von denen er nur die, welche den Hausirhandel der Kinder verbietet, sympathisch begrüßt. Die Diskussion war eine sehr rege. Färber, der vorausschickte, erklärte sich dennoch mit der Kritik desselben an den Entwürfen im großen und ganzen einverstanden. Bezüglich der Bestimmungen über die Detail-Verfahren von er der Meinung, daß der Bundesrath in seiner Vorlage das Nichtigste getroffen habe. Am entscheidendsten müsse dagegen protestirt werden, daß den unteren Verwaltungsbehörden und Polizei-Organen zu viele Rechte gegenüber den Hausirern eingeräumt werden. Im schreiensten Kontrast stehe die Bestimmung, daß Händler u., welche wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Hausfriedensbruch oder Körperverletzung mit 1 Woche Gefängnis bestraft werden und denen deshalb gleichzeitig auch der Wandergewerbe auf die Dauer von 5 Jahren entzogen werden kann, mit dem Rechtsverhältnis gegenüber Turn-, Tanz- und Schwimmlehrern, denen bei Sittlichkeitsvergehen bereits nach 3 Wochen die Ausübung ihres Gewerbes wieder freisteht. Bei allen geschlichen Maßnahmen suche nach seiner Meinung die Regierung nur

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Dr. Hilgenfeld. Der Druckfehler-Zeufel hatte uns einen Streich gespielt. Es soll natürlich Brände heißen.

Winguth. Zu 1. Beantworten Sie zunächst Erlaß eines Zahlungsbefehls. 2. Kann ohne Kenntniß der ortspolizeilichen Befehle nicht beantwortet werden.

Pangelwesen. Worauf stützt der Bürgermeister seinen Anspruch? — **A. D.**, Alte Jakobstraße. Der Vormund vertritt nicht den Verrenteten und Sie kosten dem Vermittler für die Miethe. **A. P. 30.** Die Gebühren sind bei allen Gerichten die gleichen. Es kommt ganz darauf an, was in der Sache geschehen ist. — **F. F.** Nur mit königlicher Genehmigung. — **W. M. 100.** Damit werden Sie keinen Erfolg haben. — **S. S.** Von Ihrer einmal übernommenen Verpflichtung können Sie sich nicht mehr befreien. — **S. R. 100.** Wir verstehen nicht, welchen Antrag auf gerichtliche Entscheidung Sie noch stellen wollen. Jedenfalls ist die Sache aussichtslos. — **P. D.** Ihre Braut muß im Termin erscheinen. Andernfalls kann ihre Verhaftung angeordnet werden. — **E. J.** Der Betroffene muß den Ort verlassen, kann aber gegen die Verfügung Beschwerde einlegen. — **300. A. R.** Kommen Sie in unsere Sprechstunde.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 29. Januar.
Opernhaus. Die Zauberflöte.
Schauspielhaus. Wie die Alten sungen.
Deutsches Theater. Weh' dem, der lügt.
Berliner Theater. Der Compagnon.
Festung-Theater. Ghismonda.
Neues Theater. Das liebe Geld.
Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
Theater Unter den Linden. Der Probekuß.
Schiller-Theater. Der zerbrochene Krug. Frauenkampf.
Bellevue-Theater. Onkel Bräutigam.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Bettelstudent.
Central-Theater. O! diese Berliner.
Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Corps.
National-Theater. Marie Stuart.
Alexanderplatz-Theater. Die Ahnfrau.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Jyollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Varietés. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Dienstag, 29. Januar, abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Frauenkampf.
Mittwoch, 30. Januar, abends 8 Uhr:
Hagar's Sohn.
Donnerstag, 31. Januar, abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Frauenkampf.
Freitag, 1. Februar, abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Frauenkampf.
Sonntag, 2. Februar, abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Frauenkampf.
Sonntag, 3. Februar, nachm. 3 Uhr:
Des Meeres und der Liebe Wellen. Abends 8 Uhr: Krieg in Frieden.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
 Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
 Gastspiel des Herrn Carl Wessolsky vom Stadt-Theater in Hamburg und des Herrn Ernst Eppstein vom Stadt-Theater in Würzburg:

Maria Stuart.

Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.

Regie: Max Samst.

Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Volksvorstellung.
 Die Jungfrau von Orleans.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
 Emil Thomas als Gast.
 Anna Bäckers. Josefina Dora.
 Zum 149. Male:

O, diese Berliner!

Große Hofse mit Gefang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund.
 Musik von Julius Einödhofer.
 Anfang 7/8 Uhr.
 Mittwoch, den 30. Januar:
 Zum 150. Male:

O, diese Berliner!

Adolph Ernst-Theater

Auftreten der Grotesktänzerin
 Miss Rose Batchelor
 vom Prince of Wales-Theater in London.
 Zum 35. Male:

Ein fideles Corps.

Große Gesangsposse mit Tanz. Nach dem englischen „A Galoty Girl“ von Jonas Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Parodie-Theater

Granien-Strasse 52 (am Moritzpl.).
Die Weber.
 Vorher: Im Fluge durch die Welt.
 Tannhäuser. Anfang 7 Uhr.

Feen-Palast

Furgstr. 22, neben der Börse.
Täglich
Gr. Spezialität-Vorstellung
 Auftreten von 20 Künstlern allerersten Ranges.
 Entree 30 Pf. (Anfang Wochen-tags 7 1/2 Uhr).
 Sonntags: (Concert 6 Uhr, Vorstellung 7 Uhr).
 Der ca. 3000 Personen fassende Saal steht den pp. Vereinen und Gewerkschaften zu Festlichkeiten zur Verfügung. Auch können an allen Tagen bis 8 Uhr nachmittags Versammlungen abgehalten werden.
Die Direction.

Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen!
 Die Tiefen des dunkeln Erdheils:
Die Dinka,
 40 Männer, Frauen u. Kinder.
 Das schockige Mädchen Mariotta.
Weihnachts-Ausstellung

Kaufmann's Variété

ist noch immer ausverkauft und warum??
Naucke ist da!
 Naucke ist der Kassenmagnet!
 Naucke ist das Tagesgespräch Berlins!
 Naucke ist der gr. Lacherfolg!
 Naucke als Pauline!
 Naucke ist zum Schreien!
 Naucke als Ballettratte!
 Naucke ist zum „Schieszen“!
 Naucke ist der populärste Mensch Berlins!
 Naucke ist unsere Goldquelle!
 Naucke bleibt Februar!
Ferner 16 Glanz-Nummern.
Ab 1. Februar: Neuheit!
Pinte Quente!
 Avis! Den verehr. Vereinen etc. stehen unsere Lokalitäten z. Matinee's und Versammlungen zur gefl. Verfügung.

Circus Renz

Carlstrasse.
 Dienstag, 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Große Extra-Vorstellung:
Tjo Ni En.
 (Beim Jahreswechsel in Peking.)
 Neue Musik-Einlagen.
 Sensationelle Tänze, unter and.:
Original! Los gretos vivants, Jeu des barbichons etc. Original!
Nur noch dreimaliges Auftreten des Herrn G. Hüttemann
 (als Gast) mit seinem Schulpferde Cincinatus. Außerdem: Auftreten sämtlicher Kunstspezialitäten, Damen und Herren, Vorführten und Reiten der bestdressirten Freiheits-, Spring- und Schulpferde.
 Morgen, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr:
Außerordentliche Vorstellung: Tjo Ni En. Vorzügliches Auftreten des Herrn Gustav Hüttemann (als Gast).
Fr. Renz, Kommissionsdrab.

Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer.
Texas Jack's American Prairie Life-Show.
 Täglich abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.
 Morgen, Mittwoch: 2 Vorstellungen, 4 und 7/8 Uhr. Um 4 Uhr: Letzte Schiller-Vorstellung. 20 Pf. auf allen Plätzen. 357M
 Donnerstag: Letzte Vorstellung.
Presskohlen. Marie 4 1/2, II 5.—, Prima 6 M. Auerbach, Greifswalderstr. 54, gegenüber der Gas-Anstalt.

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
 Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
 Geöffnet von 5-10 Uhr.
 Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
 Näheres die Anschlagzettel.

Böhmisches Brauhaus

Landsberger Allee.
Jeden Dienstag:
Stettiner Sänger
 (Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)
 Anfang prägnant 8 Uhr.
 Entree 50 Pfg.
 Vorverkauf 40 Pfg. (siehe Plakate).
 Zum Schluß:
Circus-Bilder
 Ensemble von Meysel.

Passage-Panopticum.

Neu! Neu!
 Prof. Frdr. Schwings's
Wandernde Lichtbilder.
 II.
Das Lied von der Glocke
 in 15 lebenden Bildern mit transparentem Hintergrund.
 Musik von Romberg.
 Der Molster: **Rob. Biberti**
 vom Kgl. Opernhaus in Berlin.

Ben-

Unter den Linden 21.
 Jeden Sonntag Nachmittag
Ali-Familienvorstllg.
 Orientalische zu halb. Preisen.
Zauber und Bey's Wunder.
 Täglich Anfang 7/8 Uhr.

Danksagung.

Dem Herrn **Dr. Herzberg**, Berlin, Hollmannstraße 16, für all seine aufopfernde und hingebende Behandlung und Pflege in seiner Privatklinik, sage ich hierdurch meinen aufrichtigsten, tiefgefühltesten Dank.
 Möchten diese Zeilen dazu beitragen, leidenden Mitschwestern dieses Institut zu empfehlen.
Pauline Packeisen, Schulstr. 55.

Kranzbinderei u. Blumenhdlg.

Robert Meyer,
 Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
 NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Möbel,

gebraucht, kauft Möbel, Handlung Rosenthaler-Strasse 13.
C. Bolzmann's Gesellschafts-Säle,
 Lichtbergerstr. 16.
 Säle und Vereinszimmer von 20 bis 500 Personen. 1521L*

Artiste

Waschengarderobe
 der Louisestadt.
 Cranienstr. 49, I.
 2. Geschält:
 Weidenweg 22.
 Kostüme von 1 M. an. Vereine Preisermäßig.

Wallstr. 82

(Edele Neue Hofstraße)
 17195
 Nur Güte mit Kontrollmarken.
 Grosse Auswahl in Schirmen.
W. Wolff.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung der Statutenberathungs-Kommission. Referent: Genosse **F. Hansen**. 2. Diskussion.
 Mitgliedsbuch legitimirt.
 Für Monat Januar gelangt das Protokoll vom Frankfurter Parteitag zur Gratisvertheilung. Billets zum Besuch der „Urania“ am 1. Osterfeiertag sind in den Zahlstellen zu haben.
 277/18
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c:
Große Versammlung.
 Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Gäste haben Zutritt.
 278/20
Der Vorstand.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend (Filiale Nord).

Mittwoch, den 30. Januar, abends 8 Uhr, im „Victoria-Garten“, Badstr. 12:
Vereins-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag der Genossin Frau **Mesch** über: „Die Sklaven der Zeit.“
 2. Diskussion. 3. Wahl einer Kassirerin. 4. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.
 Herren und Damen als Gäste sind sehr willkommen. — Zellerfassung.
 126/3
Der Vorstand.

Verband deutscher Gold- u. Silberarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

(Zahlstelle Berlin.)
 Mittwoch, den 30. Januar 1895, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Annenstr. 16:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. **Jöhl**: „Die moderne Naturanschauung und ihr Einfluß auf die heutige Gesellschaft.“ 2. Diskussion. 3. Wahl des zweiten Schriftführers. 4. Kassenbericht. — Verschiedenes. — Aufnahme neuer Mitglieder.
 Gäste, sowie unsere Berufsgenossen sind stets willkommen.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
 131/12
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Dienstag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, in Rieft's Festsälen, Weberstraße Nr. 17:
Oeffentl. Brauereiarbeiter-Versammlung.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 91/18
Die Agitationskommission.

Tanzlehrer-Verein „Solidarität“.

Der Vorstand.
Bauhandwerker - Krankenkasse für Berlin und Umgegend.
 Gemäß § 28 unseres Statuts erklären wir hiermit, daß, soweit es dem § 28 Abs. 1 u. 2 dieses Statuts entspricht, daß die Kasse vom 1. Februar d. J. ab in Thätigkeit tritt. Diejenigen Personen, welche gewillt sind, ohne ärztliche Untersuchung und ohne Unterschied des Alters Mitglieder dieser Kasse zu werden, haben sich während der Zeit vom 1. Februar bis 28. Februar incl. in folgenden Zahlstellen behufs Aufnahme zu melden:
 Westen: Blumenthalstraße 5 bei Behrend Taffert Behrend.
 Südwest: Mittenwalderstr. 43 „ Briese „ Klemann
 Südost: Baldemarstr. 61 „ Hoffmann „ Roll
 Ost: Rüdersdorferstr. 8 „ Böhl „ Rüdöphen
 Norden: Veteranenstraße 22 „ Peterson „ Fiedler
 Wedding: Weddingstraße 9 „ Malkowski „ Kaack
 Moabit: Thurnstraße 84 „ Holzbäcker „ Uecker.
 Centrum: Gipsstraße 16 „ Blaurock „ Blaurock.
 Bei Behrend, Hoffmann und Blaurock wird täglich von früh bis abends, in den übrigen Zahlstellen Sonnabends abends von 8 Uhr an kassirt.
 Die weitere Thätigkeit der Kasse betreffend Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen, Einziehung von Beiträgen u. s. w. beginnt erst mit dem 1. März dieses Jahres.
 299/2
Der Vorstand.

Bierdruck-Apparate

Lager jünger Kohlenjäure in herabgesetzten Preisen (1366L*)
H. Reinhardt,
 113 Brunnenstr. 113.
 Maskenkostüme von 1 M. an bei **Klaar**, Reichenbergerstr. 114, I. Aufg.
 Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur. sofort. Theilzahlung. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. (21456)

Bierdruck-Apparate

Lager jünger Kohlenjäure in herabgesetzten Preisen (1366L*)
H. Reinhardt,
 113 Brunnenstr. 113.
 Maskenkostüme von 1 M. an bei **Klaar**, Reichenbergerstr. 114, I. Aufg.
 Von heute ab verkaufe ich sämtl. Fleisch- u. Wurstwaren bed. bill. **D. Koppisch**, Swinemünderstr. 44.
 Schankgeschäft sucht als Selbstkäufer **Baumann**, Alexandrinenstr. 114/115.
Pommerisches Landbrot, Pasterwälder Getreidebrot, groß und wohl-schmeckend, liefert die Bäckerei Kraut-strasse 25. 30/22
 Festfeste **Cranienstr. 180.**
 Sonnabende und Sonntage zu Ver-sammlungen und Tanz frei. 2013b.

Wunderdoktor Ist vor Gericht.

Von unserem Gerichts-Berichterstatter erhalten wir über diesen hochinteressanten Fall modernen Aberglaubens den folgenden, aus Lüneburg vom 26. d. M. datierten Bericht:

Es dürfte den Lesern bekannt sein, daß das zwischen Lüneburg und Garburg belegene Dorf Radbruch seit einigen Monaten ein zweites Meffa geworden ist, nach dem bis vor etwa 14 Tagen viele tausende von Menschen, Männer und Frauen aus allen Theilen Deutschlands, ja selbst aus dem Auslande, gepilgert sind, um die ärztliche Hilfe eines in diesem Dorfe wohnenden Schäfers in Anspruch zu nehmen. Heinrich Philipp ist, so heißt dieser gute Mann, der theils mittels Sympathie, theils mittels Medikamente, die er sofort seinen Patienten verabreicht, seine Kuren ausführt, giebt an, seine Kunst von seinen Vätern geerbt zu haben. Er entstammt einer alten Schäferfamilie, in der das Kuriren von Menschen und Vieh seit Jahrhunderten Tradition sei. Sein Großvater habe in dieser Kunst eine derartige Fertigkeit besessen, daß seinerzeit sich Herzog Erich von Braunschweig von ihm ärztlich behandeln ließ und da die Behandlung von Erfolg war, dem alten ist ein Lehnhaus in Stadtdendorf in Braunschweig geschenkt und ihm das Kuriren in seinem Lande gestattet. Der Enkel dieses eigenartigen Mediziners fühlte sich nun berufen, die Familientradition fortzusetzen. Seit 20 Jahren weilt er in Radbruch und will vielen seiner Mitmenschen selbst durch Hilfe gebracht haben, wenn alle ärztliche Kunst versagt habe. Im Jahre 1893 wurde er jedoch, obwohl sein Ruf über die Grenzen Radbruchs noch nicht hinausgedrungen war, wegen Uebertretung des § 367 alin. 3 des Straf-Gesetzbuches zur Rechenschaft gezogen und vom Schöffengericht zu Bledede zu 150 M. Geldstrafe verurtheilt. Diese Strafe vermochte aber nicht, ihn in der Ausübung seiner Heilkunst zu hindern. Pöblich, etwa im August 1894, drang der Name der „Wunderdoktors“ ist in die Welt hinaus. 1000—1200 Personen, den verschiedensten Lebensberufen angehörend, pilgerten täglich nach Radbruch. Selbstverständlich war der Mann außer Stande, diesem Ansturm zu genügen, obwohl er von morgens 6 Uhr bis nachts 8 Uhr mit nur kurzen Epausen seine Patienten empfing. Die bisher so stille Dorfstraße wurde plötzlich unpassierbar, das Haus des Wunderdoktors Tag und Nacht von vielen hundert von Menschen umlagert. Selbstverständlich konnte der größte Theil der hilfesuchenden Patienten nicht eingelassen werden. Die Leute waren daher genöthigt, in Radbruch Nachquartier zu suchen. Das war aber selbstverständlich leichter gesagt als ausgeführt, denn in dem etwa 400 Einwohner zählenden Radbruch sind Hotels unbekannt. So kam es, daß in den drei Wirtschaften des Dorfes selbst für theures Geld kein Stuhl zu haben war, der für die Nachtzeit als Ruhestätte dienen konnte. Es dauerte jedoch nicht lange, da erstanden sechs neue Wirtschaften im Dorfe und ein findiger Geschäftsmann erbaute in nächster Nähe des „Wunderdoktors“ zwei große Baracken, in denen Tag und Nacht Speise und Trank verabreicht und Massennachquartiere eingerichtet wurden. Allein plötzlich griff die raube Hand des Gesetzes störend in das Getriebe. Ist erhielt abermals eine Anklage wegen Uebertretung des § 367 alin. 3 des Str.-G.-B., welcher lautet: „Mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft wird bestraft, wer ohne polizeiliche Erlaubnis Gift oder Arzneien, soweit der Handel mit denselben nicht freigegeben ist, zubereitet, verkauft oder sonst an andere überläßt.“ Ist hatte sich am 4. Dezember 1894 vor dem Schöffengericht zu Winsen a. V. zu verantworten und wurde dort zu 150 M. Geldstrafe eventuell 15 Tagen Gefängnis verurtheilt. Bei der Strafzumessung, so etwa begründete der Vorsitzende des Schöffengerichts das Urtheil, sei ermogt worden, daß der Angeklagte, obwohl er wegen desselben Vergehens bereits einmal bestraft worden sei, die Abgabe der Arzneimittel in noch vergrößertem Maßstabe betrieben habe. — Diese Verurtheilung hatte jedoch nur bewirkt, daß an dem Tage, als Ist sich in Winsen zu verantworten hatte, Radbruch aus einige Stunden dieses Wunderdoktors entbehrte. Ist wurde bei seiner Rückkehr von vielen hundert von Menschen am Bahnhof empfangen, unter Hochrufen in seine Wohnung geleitet, woselbst er sofort seine ausgeübte ärztliche Praxis wieder aufnahm. Dies hatte aber zur Folge, daß Ist in kurzer Reihenfolge 3 Strafbescheide auf Grund des bereits angeführten Gesetzesparagraphen über je 150 M. erhielt. Ist erbot gegen diese Strafbescheide keinen Widerspruch, sondern begabte anstandslos die 450 M. nebst Kosten. Er muß wohl aber befürchtet haben, daß diese Strafbescheide sich noch vermehren könnten. Als er die ihm zuletzt auferlegte Strafe begabte hatte, suchte er einen Rechtsanwalt auf. Dieser rief ihm, seine ärztliche Kunst einstweilen einzustellen und den Spruch der Strafkammer des Lüneburger Landgerichts abzuwarten, die am Montag über die von ihm gegen das Urtheil des Schöffengerichts zu Winsen rechtzeitig eingelegte Berufung zu entscheiden hat. Aus Anlaß dieses Termins entschloß ich mich, den Wunderdoktor in seinem Heim einmal aufzusuchen. Gegen 9 1/2 Uhr nachmittags langte ich am letzten Freitag von Berlin kommend, unter heftigem Schneegestöber in dem berühmten Radbruch an. Ein Bahnhof ist in dem deutschen Meffa selbstverständlich nicht vorhanden. Ich verkaufte, als ich aufstieg, fast bis über die Kniee im Schnee. Der Stationsvorsteher, an den ich mich wandte, gestattete mir, mein Reisegepäck in sein Bureau zu stellen. Ich begab mich nun ins Dorf und machte in dem ersten Gasthause, der eigentlich für die Abreisenden als Wartehalle dient, da in demselben eine elektrische Klingel die Ankunft des Zuges anündigt, Station. Dort wurde mir das Anerbieten gemacht, in einer Banquetwagen, d. h. auf einem sogenannten Bretterwagen gegen einen Obolos von 2 Mark den Weg zu dem Mediziner zu unternehmen. Ich akzeptirte um so lieber diesen Vorschlag, da das Haus des „Doktors“ ist weit unten im Dorfe gelegen, der Weg zumeist von hohen Schneebänken bedeckt war und ein gar unwirksamer Sturm durch das Dorf jagte. Ein hübsches massives einschichtiges Landhaus, auf dessen Eingangstür die Worte „P. ist“ zu lesen sind, erhebt sich inmitten eines gänzlich verschneiten Gartens. Auf das Klopfen meines Wagensführers, es war dies der Wirth des erwähnten Gasthofes, der nun auch gleichzeitig als Cicero diente, öffnete er in den mittleren Jahren stehende Bauernstube. Es war dies die Gattin des „Doktors“ ist, die, wie ich sehr bald erfuhr, nicht bloß seine bessere Hälfte, sondern auch im vollen Sinne des Wortes die Frau im Hause war. „Uns Badder is nich to Haus“, verriet sie Frau ist, als ich ihr sagte, daß ich Herrn ist sprechen wollte. Ihr Mißtrauen schien nicht gering zu sein, denn sie machte Miene, die Thür sofort wieder zuzuschlagen. Dies hätte sie wohl auch zweifellos gethan, wenn mein guter Begleiter ihr nicht sofort in plattdeutscher Sprache gesagt hätte, daß es für ist von großem Vortheil wäre, wenn er mich empfangen würde. Höflich gelattete sie uns den Eintritt. Umlänglich wich auch ihr Mißtrauen gegen mich, zumal ich ihr klar machte, daß, wenn ich ihren Mann nicht sprechen dürfte, Unwahrheiten in die Zeitungen kommen könnten. Giltig ließ sich der Mann holen. Nachdem ich etwa 20 Minuten in dem sauberen Landhübschen verweilt, erschien auch der Wunderdoktor. Ich war geradezu überrascht. Ein kleiner, überaus freundlicher Mann mit sehr geistvollem Gesicht, dem die Gutmüthigkeit förmlich an der Stirn geschrieben steht, trat mir, mit herzlichem Grusse die Hand reichend, entgegen. Er war über den Zweck meines Besuchs anscheinend bereits unterrichtet. Mit

größter Bereitwilligkeit erzählte er mir seine Lebensgeschichte und beantwortete mir alle meine Fragen. Er spricht hochdeutsch und zwar ziemlich korrekt. Sein Aeußeres läßt weit eher auf einen Landgelehrten oder Landlehrer als auf einen Schäfer schließen. Die Schäfererei betreibt er allerdings seit vielen Jahren nicht mehr. Er wird vom Gericht als „Anbauer“ bezeichnet. Er ist Besitzer des erwähnten Hauses, an das sich Gärten und Acker schließen, deren Bewirthschaftung, wie mir versichert wurde, vollständig hinreicht, um ihn und seine aus Frau und 3 Kindern bestehende Familie anständig zu ernähren. Ist sagte mir auch, daß er nicht des Geldgewinnes halber die Heilkunst betreibt; er nehme von armen Leuten nicht nur keine Bezahlung an, sondern gebe ihnen noch obendrein die Medikamente unentgeltlich und außerdem noch das Reisegeld. Allein er fühle sich berufen, der leidenden Menschheit zu helfen, zumal er im Stande sei, ohne jede Untersuchung des Körpers, sondern durch bloße Untersuchung der Nadelhaare mittels Vergrößerungsglas, die Krankheit des Patienten festzustellen und diesem den richtigen Rath zu geben. Er zeigte mir einen ganzen Berg von Dankschreiben, die sich wohl auf viele tausende beließen. Diese seien ihm aus allen Weltgegenden von allen Gesellschaftsklassen für erzielte Erfolge übermietet worden. In allen diesen werde bescheinigt, daß ist ihnen geholfen habe, nachdem alle ärztliche Kunst erfolglos geblieben war. Er erzählte mir, daß er sämtliche äußere und innere Krankheiten heilen könne, und zwar sei es ihm gelungen, einem Manne, der seit 4 Jahren erblindet und von allen Augenärzten aufgegeben war, das Augenlicht wiederzugeben. Er habe Taubheit, ja sogar Geisteskrankheiten mit Erfolg behandelt. Ja er wolle mit seiner Kunst ad oculos demonstrieren und mich von meiner Kurzsichtigkeit, an der ich schon seit fast 30 Jahren leide, kuriren und der Mangelhaftigkeit meines Haarwuchses abhelfen. Wenn er, was ihm nicht zweifelhaft erscheint, auch von der hiesigen Strafkammer verurtheilt werden sollte, dann werde er die Praxis sofort, unter Umgehung der Bestimmungen des § 367 al. 3 des Strafgesetzbuches, wieder aufnehmen, d. h. er werde keine Medikamente mehr verabreichen, sondern lediglich den Patienten Rath erteilen. — Inzwischen hatten sich die Schatten der Nacht über das verschneite Dorf gesenkt. Mein Begleiter machte zum Aufbruch, zumal sein Pferd draußen unruhig wurde, denn der heftige Schneesturm machte selbst Thieren den Aufenthalt im Freien unangenehm. Ich verabschiedete mich daher von der Familie ist und fuhr nach dem am Eingange des Dorfes belegenen Wirthshaus zurück. Dort war ich genöthigt noch 1 1/2 Stunden auf den Abgang des Zuges zu warten. Als ich in den Zug stieg, trat ist plötzlich in mein Koupé. Er fuhr ebenfalls nach Lüneburg. Hier lernte er zunächst mit einem Freunde in dem Hotel Wellenlamp ein und war in diesem Gegenstand der Neugier der daselbst zahlreich verkehrenden Fremden. Ist, der nun am Montag vor die Strafkammer des hiesigen Landgerichts geladen ist, heißt mit Vornamen Heinrich Philipp. Er ist am 3. April 1848 zu Gronau bei Hildesheim geboren und lutherischer Konfession. Verteidiger des ist ist Rechtsanwalt Heinemann-Lüneburg. (Fortsetzung folgt.)

Gerichts-Beitrag.

Auch ein Kämpfer für Ordnung, Religion und Sitte.
Eine umfangreiche Anklage wegen Verleumdung eines hochstehenden Beamten, des Regierungs- und Bauraths Dr. zur Nieden, wurde gestern vor der IV. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt. Auf der Anklagebank erschien der ehemalige Bureaudienner im Eisenbahn-Regierungsgebäude Ferdinand Höhne. Er hat im Januar v. J. an den Minister für öffentliche Arbeiten ein Schreiben gerichtet, worin er den Bureaudienner Höpfer, seinen früheren Kollegen, bezichtigt, mit mehreren Schenkerfrauen unsittliche Handlungen vorgenommen zu haben. Dieser Eingabe folgte bald eine zweite, worin der Angeklagte behauptete, daß der Regierungsrath zur Nieden ehrbaren Töchtern seiner Untergebenen nachstelle und sie durch unsittliche Anträge belästige. Diese Angaben sollten unwahr sein. Seitens des Angeklagten war ein großer Zeugenapparat aufgestellt worden, um die Wahrheit seiner Behauptungen zu beweisen. Der erste Theil der Anklage wurde bei verschlossenen Thüren verhandelt, während des zweiten Theils aber die Öffentlichkeit wiederhergestellt. Der Angeklagte gab zu, daß er die Eingaben gemacht habe, um sich an den betreffenden Personen, welche an seiner Entlassung Schuld seien, zu rächen. Der pensionirte Telegraphen-Sekretär Wagner befandete, daß er auf Veranlassung des Regierungsraths zur Nieden nach Landsberg versetzt worden sei und dann von demselben dazu gedrängt worden sei, sich pensioniren zu lassen; obgleich er sich, abgesehen von einem Gehörleiden, noch arbeitskräftig und dienstfähig fühlte. Während seines Aufenthaltes in Landsberg sei seine Familie in Berlin geblieben. Es sei dies im Jahre 1887 gewesen. Gelegentlich seiner Besuche bei seiner Familie sei ihm wiederholt geklagt worden, daß sowohl seine Frau wie seine beiden erwachsenen Töchter von einem älteren Herrn wiederholt auf der Straße belästigt wurden. Zufällig sei er auf der Straße dem Herrn zur Nieden begegnet, worauf seine beiden Töchter ihm wie aus einem Munde zugestüßert hätten: „Papa, das ist der Herr!“ Die Ehefrau Wagner sowie deren beide Töchter befanden übereinstimmend, daß Herr zur Nieden sie im Vorbeigehen in absichtlicher Weise gekreist, sie dabei scharf angesehen und hinterher leise geprüffelt habe. Die Zeugin Wagner will eines Tages mit den Worten: „Also das ist Herr zur Nieden?“ vor ihm ausgesprochen haben. Andere Zeugen bestätigten, daß die Wagner'schen Damen sich unter Thränen über die unwürdige Behandlung beschweren hätten, deren sie seitens des alten Herrn auf der Straße ausgeführt seien. Ein Kaufmann March befandete, daß seine Ehefrau ebenfalls von Herrn zur Nieden auf der Straße belästigt worden sei, dies habe sogar dazu beigetragen, daß er seine Wohnung gewechselt habe. Als letzter Zeuge wurde Regierungsrath zur Nieden vernommen. Er erklärte, daß auch nicht eine einzige der Angaben, die von den Zeugen gemacht waren und ihm vom Vorsitzenden vorgehalten wurden, auf Wahrheit beruhe. Er gebe diese Erklärung mit aller Bestimmtheit ab. Er habe selbst erwachsene Töchter und ein derartiges Benehmen, wie ihm vorgeworfen werde, verstoße gegen seine Grundfätze. Die Zeuginnen mußten ihm ihre Angaben Auge in Auge wiederholen, sie bestritten mit aller Entschiedenheit, daß sie sich in seiner Person irren könnten und wiesen darauf hin, daß der Zeuge zur Nieden früher einen anderen Bart getragen habe. Der letztere gab dies zu. Sämmtliche Zeugen wurden vereidigt. Die sich diametral gegenüberstehenden Widerprüche waren nicht zu klären. Der Staatsanwalt ließ es auch dahingestellt bleiben, ob die Wahrheit auf Seiten der einen oder der anderen Partei zu finden sei, jedenfalls habe der Angeklagte sehr übertrieben. Daß er sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen befinden habe, müsse wohl anerkannt werden. Er beantrage für beide Verleumdungen eine Gesamtstrafe von 60 M. Der Gerichtshof fällt ein freisprechendes Urtheil. Indebess des ersten

Falles sei der Wahrheitsbeweis als erbracht anzusehen. Nach der Ueberzeugung des Gerichts sei aber auch im zweiten Falle der Wahrheitsbeweis gelungen. Es liege keine Veranlassung vor, an der Glaubwürdigkeit der Zeugen zu zweifeln.

Was wird jetzt mit dem Herrn Regierungs- und Baurath Dr. zur Nieden geschehen, dem Manne, der vor Gericht einer Handlung überführt erachtet worden ist, die von ihm mit keinem Eide abgeschworen wurde?

Auch ein Verhaftungsgrund. Der Bädereigefelle Pienczak, welcher am 19. d. M. von der 138. Abtheilung am Amtsgericht I als Heirathsschwindler zu 8 Monaten Gefängnis verurtheilt und vom Fleck weg verhaftet wurde, hatte hiergegen durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Blaschauer, eine gebarnichte Beschwerde eingeleitet, in welcher dieser die Verhaftung als eine ganz unbegründete bezeichnete und hervorhob, daß auch die Verurtheilung eines Mannes auf das Zeugniß einer Person, die gesündigt mit demselben 3000 M. verprast habe und dann um 100 M. betrogen sein wolle, bedenklich erscheine. Der Amtsrichter hatte die sofortige Verhaftung damit gerechtfertigt, daß er ausführte, es liege Nichtverdacht vor, weil erstens die Strafe hoch bemessen sei und zweitens der Angeklagte — die Kennplätze besuche und dort als Buchmacher aufstreite. Die Beschwerde des Verteidigers blieb nicht erfolglos, denn das Landgericht hat derselben am 24. d. M. stattgegeben und den Verhafteten auf freien Fuß gesetzt. Die Höhe der Strafe, welche Pienczak zu „erwarten“ habe, sei durchaus nicht erheblich und vor allen Dingen sei das Befahren von Kennplätzen denn doch keine Thatfache, durch welche sich ein Nichtverdacht begründen lasse. Es ist dies wieder ein straflicher Beweis dafür, aus welchen Gründen an dem hiesigen Amtsgericht zuweilen Leute in Haft genommen werden.

Durch eine Hinterthür des Gesetzes entging gestern vor der 131. Abtheilung am Amtsgericht I eine Frau, welche der Staatsanwalt den Typus einer bößartigen Stiefmutter nannte, und gegen welche er 1 Jahr Gefängnis beantragte, der wohlverdienten Strafe. Die Tischlerin Griebbe hatte ihre Stiefkinder fortgesetzt in der unmenschlichsten Weise mißhandelt, und ihrem 6jährigen Stiefsohn Otto einmal einen Fußtritt in den Mund versetzt, daß die Zähne gelodert wurden. Die schon längst empörten Nachbarn erstatteten Anzeige, und das schwer mißhandelte Kind wurde der herlosen Stiefmutter, welche dann der Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung angeklagt wurde, polizeilich entzogen. Die gestrige Verhandlung gestaltete sich sehr erregt, denn die Zeugen, welche ihrer Entrüstung nicht Herr werden konnten, hörten fortwährend durch Zwischenrufe. Der Staatsanwalt beantragte schließlich für die unmenschliche Behandlung ein Jahr Gefängnis, und führte aus, daß ein Tritt ins Gesicht eines so kleinen Kindes sehr leicht den Tod nach sich ziehen könne. Rechtsanwalt Dr. Mehl dagegen führte aus, daß absolut nichts dafür spreche, daß der Tritt ein das Leben gefährdender gewesen sei. Nehme man dies nicht an, dann bleibe nur eine einfache Körperverletzung übrig, und da der Vater des verletzten Kindes keinen Strafantrag gestellt habe und gegen seine Frau einen solchen auch nicht stellen wolle, so müsse eben mangels eines Strafantrags das Verfahren eingestellt werden. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an, und so geschah das wunderbare, daß hier die Schuld der Angeklagten klar erwiesen war, und das Gericht gleichwohl eine Strafe nicht aussprechen konnte.

Vier Jahre unschuldig im Zuchthaus. Ein Bädermeister in dem bei Bad Ems gelegenen Orte Dausenau war, wie man dem „Berl. Tagebl.“ von dort schreibt, im Jahre 1883 wegen Sittlichkeitsverbrechen von der Strafkammer in Limburg zu vier Jahren Zuchthaus verurtheilt worden und hat diese Strafe verbüßt. Alle seine Unschuldbehauptungen in der Verhandlung halfen ihm nichts, er wurde auf Grund der Aussagen zweier damals 12 Jahre alten Mädchen verurtheilt, wiewohl man sich auch in Dausenau vielfach in die Ohren rannete, der Verurtheilte sei das Opfer einer böswilligen Denunziation geworden. Jetzt, nach Verlauf von mehr als zehn Jahren, sollte nunmehr die Unschuld des unglücklichen Mannes an den Tag kommen. Vor einiger Zeit ist das eine der nunmehr erwachsenen Mädchen, welches als Verlastungszeugin aufgetreten war, gestorben, nachdem es auf dem Sterbebette, von Gewissensbissen gepeinigt, vor Zeugen und Gericht die Aussage gemacht hat, daß sie damals zu ungunsten des Bädermeisters die Unwahrheit gesagt habe. Das Mädchen hat ferner einige „gute Freunde“ des Verurtheilten namhaft gemacht, welche es zu dieser falschen Aussage verleitet haben. Das Verfahren ist nunmehr von neuem aufgenommen, und haben bereits zahlreiche Zeugenvernehmungen stattgefunden. Zweifelsohne dürfte der Bädermeister jetzt freigesprochen werden. Wer entschädigt den unglücklichen Mann für die unschuldig erlittene schwere Zuchthausstrafe?

Eine wunderbare Anklage kam dieser Tage vor dem Lüneburger Schöffengericht zur Verhandlung. Die bisher völlig unbescholtene Arbeiter-Ehefrau Elisabeth Sempp geborene Nowak, sollte sich in zwei Fällen der Funds-Unterschlagung schuldig gemacht haben. Im Oktober 1893 fand die Angeklagte in einem Wälbhauen ein altes Meternmaß, welches sie mit nach Hause nahm. Einige Wochen später fand Frau S. in Berlin auf der Straße eine alte zerrißene Geldtasche und nahm auch diese mit als Spielzeug für ihre Kinder. Durch irgend einen nicht erklärten Zufall kamen diese beiden absolut werthlosen Funde zur Kenntniß der Polizei, auf deren Veranlassung gegen Frau S. Anklage wegen Fundsunterschlagung erhoben wurde. Selbstverständlich sprach der Gerichtshof die Angeklagte frei.

Eine juristische That hat wiederum das Reichsgericht fertig gebracht. Die Befragung eines Zeugen in einem Strafverfahren über die politische Parteilichkeit einer anderen Person ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 2. Strafsenats, vom 18. September 1894 nämlich zulässig. — In der Hauptverhandlung eines Strafverfahrens wurde eine von dem Verteidiger an den Zeugen, Polizeisergeanten R., gerichtete Frage, ob der Angeklagte W. Sozialdemokrat sei, seitens des Vorsitzenden als ungeeignet und dann durch Gerichtsbeschluß als unzulässig abgelehnt, da die Befragung der Zeugen nur nach Thatfachen, nicht aber nach ihrem Urtheil über andere Personen zulässig sei. Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das erste Urtheil auf, indem es begründend ausführte: „Es scheint, als ob das Gericht in der gestellten Frage ein Verlangen nach Auskunft über den Ruf des Angeklagten gefunden hat; allein einerseits hätte selbst dann die Ablehnung nicht erfolgen dürfen, und andererseits würde das Gericht von einer unzutreffenden Ansicht ausgegangen sein. Denn der Ruf, den eine Person genießt, ihr Grundmann, ist eine Thatfache, deren Wissenhaft durch sinnliche Wahrnehmung (hören) erlangt werden kann, sodas eine Frage hierüber zweifellos zulässig ist und beantwortet werden muß, und sodann ist die Zugehörigkeit einer Person zu einer politischen Partei ebenfalls eine Thatfache, und zwar eine solche, die an und für sich den Ruf der Person nicht berührt, wenn sie auch je nach den Verhältnissen, welche in Frage stehen, bei der Beurtheilung dieser Person von erheblichem Interesse sein kann.“

Ausnahme-Preise!

358 M

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, den 30., 31. Januar u. 1. Februar:
Schwarz Cachemir reine Wolle, prima Waare Meter 90 Pf.
Weisse Unterröcke mit Stickerei Stück 1,50 Mk.
Bettvorleger Stück 50 Pf.
Taschentücher rein Leinen Dtzd. 1,90 Mk.
Merveilleur Kleiderwaare, reine Seide Mtr. 1,50 Mk.

Die Extra-Preise gelten nur für diese Tage.

A. Wronkow, Oranienstr. 162
 zwisch. Moritz- u. Oranien-Platz.
 Filiale: Skalitzerstr. 62.

Coepenick!

Öffentliche Volks-Versammlung

für Männer und Frauen

am Mittwoch, den 30. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Klein (Stadtheater).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Carl Schütze über: Die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Amtsvorlage. 2. Diskussion. 3. Lokale Angelegenheiten.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.

258/15

Der Vertrauensmann.

Den Mitgliedern des „Sozialdemokratischen Arbeiter-Vereins“ zur Nachricht, daß die Vereins-Versammlung am 29. Januar ausfällt.

Rum

anerkannt gut, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger.
Echt Stonsdorfer Likör à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,—.
Jingber-Likör, magenstärkend, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,—.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, vorzögl. Literflasche à 1,30.
Ungarwein, med. süß, 1/2 Ausbruch à Literflasche M. 2,10.
Eugen Neumann & Co., Belle-Allianceplatz 6a, Neue Friedrichstr. 81, Oranienstr. 8, Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Ausverkauf

v. Möbeln, Spiegeln u. Polsterwaaren wegen Aufgabe des Ladengeschäfts zu herabgesetzten Preisen

Julius Apelt, Sebastianstr. 20.

Eleg. Maskengarderobe v. 1,50 M. an.
 Elzei-Bock, Reanderstraße 34, 1 Tr.

Wischfibel, Rahmen, Satten, Maße, Siebe, Tafelwaagen, Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen, Butterknetzer, Drehrollen.
Jordan, N. Markastr. 28.

Achtung!

Jahreszahl, auch Teilzahl, wöchentl. 1 Mark, Suckel, Sankter Platz 2, Elsfasserstr. 12.

Möbel-

Kaufgelegenheit

bietet sich Brantleuten u. im Möbelreicher, 1964*
Rosenthaler-Strasse 13, 1.
 Dasselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und verlebte gewesene Möbel zu wahrhaftigen Spottpreisen. Teilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspinde, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Nussbaum-Kleiderschränke, Vertikows 30, Stühle 8, Muschelspinden 40, Trumeau 65, Paneele 75, Tischgarnituren 80 Mark. Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Buffets, Konfessionstische, Spiegel, alles staunend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lager bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

Prinzenstr. 13, 1 Treppe, eine Lacirer-Werkstatt sof. zu vermieten.

2 Käden m. Wohn-, sowie kleine u. Mittelwohn. Kottackerstr. 14. (20336*)

Möbl. Schlafstelle für 1 od. 2 Herrn Adalbertstr. 82, v. 2 Tr. b. Hoffmann.

Ein billiges, separates Zimmer zu verm. an anst. Herrn Wassertorstr. 3, 4 Tr. I. 3592R

Bess. gemüthl. ungen. Schlafst. f. 1 od. 2 G. Wienerstr. 18, v. 3 Tr. bei Wwe. Wolff. 24446

Möbl. Schlafstelle f. Herrn, sep. G., zu verm. bei Voigt, Schmidtstr. 8, Hof 1, 1 Tr. 2457b

Eine saubere Schlafstelle bei Frau Kosche, Pöcklerstraße 7, Hof 3 Tr.

Suche möbl. Schlafstelle zum alleinbew. Näh. Schles. Bahnh. E. Bethke, Königsbergerstr. 5/6, 4 Tr. 2439b

Schlafstelle zu verm. Köchestr. 20, Quergeb. 3 Tr. bei Wwe. Liedke.

J. Mann f. Schlafstelle Rantewellstraße 90, 4 Tr. b. Erdmann. 2445b

Arbeitsmarkt.

Achtung, Tischler!
 Jung u. d. Küchenmöbel-Fabrik von Oskar Springer, Generalstraße 8, Weissensee, ist unbedingt fern zu halten. 143/13* Die Kontrollkommission.

Musikinstrumenten-Arbeiter-Streik!

Die Kollegen der Piano-Fabrik von Görs & Kallmann

haben infolge Maßregelungen und Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Jung ist strengstens fernzuhalten.

Gleichzeitig ist für die Branche Zusammengehöriger der Piano-Fabrik Kunze & Sohn, Blumenstr. 70, infolge Maßregelung laut öffentlicher Verammlung vom 18. Januar ex. die Sperrung verhängt worden. 198/13 Die Lohnkommission.

Glasschleifer,
 tüchtige, auf Buchstaben, verlangt sofort Reiss, Markusstr. 50. 2486b

Gew. Vappenzschneider verlangt Wunderlich, Schillingstr. 14. 2435b

Tüchtiger Dirigent
 wird gef. f. Gesangverein (M. d. N. S. V.) für Sonnabends. Offerten mit Anfr. erbeten an C. Niedermeyer, Kaligestr. 18, 2 Tr. I. 2448b

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für Cigarren-Fabrikanten **!! billigster Einkauf!!**
W. Hermann Müller
 Berlin
 Alexanderstr. 22.
 Streng reelle Bedienung.
 Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
 Ein Jeder mache den Versuch.

Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
 Feinste Uikörmischung
 Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
 Berlin, Veteranenstr. 24.
 Ueberall zu haben!



Brauerei Pichelsdorf

Telephon: Amt Spandau Nr. 13. Telephon: Berlin Amt VI. Nr. 1116.

empfehlen ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere. 1345b

Lagerbier, hell,
Exportbier, dunkel,
Markgrafen-Bräu nach Münchener Art.

Konstanteste Preise. Niederlage: Berlin, Königin-Augustastr. 1, am Hofenplatz, Ringbahnbogen 1-8. Prompteste Bedienung.

Neugold-Remontoir-Uhren.
 Marke Neugold gef. geschützt.
 Mit feinstem Schwabenwerk, genauest reguliert, von edlem Gold nicht zu unterscheiden.
 3 Jahre Garantie für guten Gang.
 10 Jahre für unveränderliches Köstchen.
 Jedes ver. Stück mit 3 Neugold-Defeln, einem Silberstein, Mf. 15, mit 3 Neugold-Defeln, einem Silberstein, Mf. 20, Zonen-Uhren mit 3 Neugold-Defeln (Sprungzeit-Saquette), Mf. 21, Neugold-Uhren in modernen Formen für Herren und Damen Mf. 5 u. 8, Neugold-Uhren für Herren und Damen Mf. 3,50. Versand durch Feith's Reubereit-Vertrieb, Dresden-N., Pirnaische Str. 34, Berlin C., Stralauerstr. 41. Vertreter: Wieberverlinder u. Exporteur gründl.



Oswald Grauer's Restaurant
 Oranienstrasse 121
 (im Alte-Jakob-u.-Alexanderstr.)
 Angenehmer Familien-Aufenthalt.
 Vorzügliche Speisen und Getränke. Restaurationsräume mit französischem Billard. Regalbahn. Zimmer für Vereine, Hochzeiten und Festlichkeiten von 30-120 Personen.

Gelegenheitskauf
 für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr. 59, vorn l., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verleben gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Nussbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 8 Mark, hochfeine Muschelspinden 40, Tischgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Zylinderbureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneele 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Konfessionstische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

6 Pfund Albrecht's
 Brot für **Bäckerei,**
 liefert Wrangel-Strasse 8.
 Langestr. 28, Falkensteinstr. 29.

Rohtabak.
 Grösste Auswahl! Billigste Preise!
 Lager in Formon, Bockfagons.
Heinrich Franck,
 Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.
 Bäckerei-Niederlage mit guter Mundschalt ist zu verl. Näh. t. d. Exp. d. Bl.

Victoria-Säle Rixdorf, Hermannstr. 45
 (Ausschank des Münchener Brauhauses, Act.-Ges. Berlin), bestehend aus
 einem großen Saal, ca. 1500 Personen fassend,
 einem kleineren Saal, ca. 300 Personen fassend,
 nebst einem Garten für 4-5000 Personen.
 Die Säle stehen zu Vergnügungen und Versammlungen jederzeit zur Verfügung.
 Die geehrten Vorstände der Vereine werden ergeblich gebeten, sich wegen Abhaltung von Sommervergnügungen baldigst an mich zu wenden.
 Pferdewagen-Verbindung vom Moritzplatz 10 Pfennige.
Maass, Restaurateur.

Möbel-Gelegenheitskauf
 zu außergewöhnlich billigen Preisen.
 Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Elegante Nussbaum- u. Mahagoni-Kleiderspinden u. Vertikows 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 M.; Waschtisoleiten, Küchenspinden, Kommoden 12 M.; Stühle 8 M.; Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeau 65 M.; Tischgarnitur 60 u. 100 M.; Paneele 75 M.; Buffets, Silber-schränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand veräumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis April kostenfrei aufbewahrt, transportiert und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.
 Bestes Putzmittel der Welt!



Diese Universal-Metall-Putz-Pomade ist von uns zuerst im Jahre 1876 zur Einführung gebracht und das Fabrikzeichen „Vogel“ durch gesetzliche Eintragung zur Schutzmarke gekennzeichnet worden. Wir stellen dieses Erzeugnis in den anerkannt hervorragenden und unübertroffenen Eigenschaften jetzt sowohl in rother wie in weisser Farbe her. Proben und Preisstellung frei und unberechnet.
 Klagen, Eingaben, Unfallsachen, Patzgor, Steglitzerstr. 65